Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 207 — Mittwoch den 15. September 1920 — 47. Jahrg.

Neue Freundschaft zwischen Frankreich und Italien.

Zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten Giolitti und dem französischen Ministerpräsidenten Millerand ist über das Ergebnis der mehrtägigen Besprechung in Aix-les-Bains eine gemeinsame Erklärung vereinbart worden, die in langen Satzreihen und sorgfältig gewählten Ausdrücken nicht viel mehr besagt, als daß man in allen wichtigen Punkten der Politik einig gewesen sei. Der Ton dieser Erklärung ist dann auch auffallend freundschaftlich gehalten, so daß die Spannung der letzten Monate zwischen Italien und Frankreich nicht wieder herauszuhören ist. Wie weit wirklich alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Staatsmännern völlig überwunden worden sind, darüber gibt die offiziöse Kundgebung natürlich keinen Aufschluß.

Eins geht nur mit aller Deutlichkeit aus der Erklärung von Aix-les-Bains hervor: Die Interessen Deutschlands sind dort von Giolitti als Tauschobjekte gegenüber Millerand benutzt worden, um Italien Zugeständnisse Frankreichs in der Adriafrage zu verschaffen. Von dieser Frage wird in der Kundgebung mit besonderem Nachdruck gesprochen, und es wird ihre Regelung einer direkten Verständigung zwischen den Interessen anheimgestellt. Frankreich verpflichtet sich aber im voraus, das Ergebnis einer solchen Verständigung zu respektieren. Das ist allem Anschein nach der greifbarste Vorteil, der für Italien bei dieser Ministerzusammenkunft herausgesprungen ist.

Natürlich hat auch Frankreich seinen Vorteil davongetragen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man ihn darin sieht, daß sich der italienische Staatsmann bereit gefunden hat, Frankreich gewisse Zugeständnisse in seinen Plänen gegenüber Deutschland zu machen. Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund war von Giolitti in letzter Zeit häufig gefordert worden und es hieß, daß auch Lloyd George mit dieser Forderung übereinstimmt. Frankreich wünsche die Zulassung noch auf lange zu verhindern. Jetzt ist eine Einigungsformel darüber zustande gekommen, wonach „nur die Gewißheit der Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles den feindlichen Ländern das Recht gibt, dem Völkerkonzern anzugehören". Es wird also eine Bewährungsfrist von Deutschland verlangt. Pressevertretern gegenüber hat später Giolitti diesen Satz noch dahin erklärt, daß Deutschland den Willen zum Ausdruck bringen müsse, den Friedensvertrag auszuführen, und daß es allein von Deutschland abhängt, ob dieser Zeitpunkt nahe oder fern sei. Wer das als eine Milderung der bisherigen französischen Auffassung ansehen will, mag es tun. Wir vermögen darin nur eine unwillkommene Annäherung des bisherigen italienischen Standpunktes an den französischen zu erblicken.

In der Kundgebung wird auch versichert, daß der Geist wohlwollender Mäßigung die Politik der Alliierten bestimmen werde. Die Sieger, so wird behauptet, besäßen eine Loyalität ohne Einschränkung. Das klingt sogar schön, ist aber im letzten Grunde nichts als Selbstlob. Wie wertlos derartige Versicherungen sind, beweisen die zahlreichen Demütigungen, welche die französische Politik in die letzte Zeit hinein dem deutschen Volke auferlegt hat. Man wird darnach gut tun, auf diese schönen Worte keine deutschen Hoffnungen aufzubauen.

Neu in der bekanntgegebenen Einigungsformel sind nur die Sätze über die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu Rußland. Hier scheint Giolitti seinen Kollegen Millerand bekehrt zu haben. Allerdings hat schon das Entgegenkommen der englischen Regierung gegenüber Sowjetrußland die schroff ablehnende Haltung der französischen Regierung stark erschüttert. Nun hat der italienische Staatsmann das Werk vollendet und Millerand zur Anerkennung der Handlungsfreiheit der Sowjetregierung bestimmt. Allerdings ist auch hier keineswegs sicher, ob es sich tatsächlich um eine Wendung in der französischen Politik oder nur um schöne Redensarten handelt, die Millerand im gegebenen Augenblick für notwendig hielt.

Alles in allem muß das Ergebnis der Beratung von Aix-les-Bains wieder einmal dazu beitragen, falsche deutsche Hoffnungen zu enttäuschen. Lange ist Giolitti in Deutschland als Fürsprecher und Freund angesehen worden, von dem man erwartete, daß er den haßerfüllten Aspirationen der französischen Politik nachdrücklich entgegentreten und Millerand zur Besonnenheit bewegen werde. Das Ergebnis ist ein ganz anderes gewesen. Deutschland hat offenbar von Giolitti nicht mehr zu hoffen, als von Lloyd George und Millerand. Es bleibt auch in Zukunft auf sich selbst gestellt und kann die grausame Härte des Versailler Vertrages nur überwinden durch Einmütigkeit und Geschlossenheit im Innern und durch Bekundung des guten Willens zur Vertragserfüllung nach außen. Daneben aber wird es nach wie vor seine Aufgabe sein, jede Gelegenheit erneut zu benutzen, um den Rechtsstandpunkt gegenüber dem Machtgefühl der Sieger zu betonen und das Weltgewissen nach dieser Richtung hin ständig wachzuhalten.

*

Die amtliche französisch-italienische Erklärung.

Aus Paris wird gemeldet: Ein sehr ausführliches Kommuniqué schließt die Beratungen zwischen Millerand und Giolitti in Aix-les-Bains. Es heißt darin: Der italienische und der französische Ministerpräsident tauschten ihre Anschauungen in freundschaftlichem Geiste und vollstem Vertrauen sowohl über die Lage in Europa als auch über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen von Frankreich und Italien miteinander aus. Sie waren glücklich, eine allgemeine Gemeinschaft der Interessen der beiden Länder anzuerkennen. Sie beschlossen, in vollem Einvernehmen die Lösung der schweren Probleme zu studieren und zu prüfen, die durch den Krieg aufgeworfen wurden und noch durch den Frieden zu lösen sind. Der wichtigste Punkt ist und bleibt die allgemeine Pazifikation unter billigen Bedingungen. Die Herren Giolitti und Millerand erkannten und erkennen an, daß die Grundlage eines solchen Friedens ein enges Einvernehmen der Alliierten in der Welt bleibt und besonders in Europa das Einvernehmen zwischen England, Italien und Frankreich. Die Ausführung des „Friedensvertrages von Versailles" ist für Frankreich eine Lebensfrage, und die normale Achtung vor den eingegangenen Verpflichtungen ist die wesentlichste Grundlage für die Völker, die den Völkerbund bilden wollen. Die Unabhängigkeit und die Freiheit Polens, die gegen jeden Angriff unversehrt der französischen Grenzen Polens sichergestellt sein muß, ist der Zweck, der ebenfalls von beiden Regierungen erstrebt wird. Der französische und der italienische Ministerpräsident prüften eingehend die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Über eine Reihe von Spezialfragen hat ein Studium dazu geführt, festzustellen, daß mehr freundschaftliche Beziehungen für den Schutz der Interessen notwendig sind. Man faßte Beschlüsse über die Notwendigkeit einer Entente der beiden lateinischen Länder, die auf gegenseitiger Achtung vor der politischen Auffassung und auf gegenseitigem Verständnis der wirtschaftlichen Bedürfnisse aufgebaut sein müsse. Sie kamen überein, alle Anstrengungen zu machen, damit die Allianz zwischen Frankreich und Italien vom gegenseitigen Vertrauen getragen sei, worin diese beiden Völker, die zusammen kämpften und siegten, die Entwicklung ihrer nationalen Bestimmung erblicken.

Wie es zur Abfassung der französisch-italienischen Erklärung kam.

Paris, 14. Sept. Der gestrige Tag in Aix-les-Bains war mit der Abfassung des offiziellen Kommuniqués Millerands mit Giolitti ausgefüllt. Ursprünglich hatten die Italiener ein Kommuniqué ausgearbeitet, das die Billigung der Franzosen nicht fand, worauf diese ein von dem Direktor des Auswärtigen Amtes, Philipp Berthelot, ausgearbeitetes Kommuniqué vorlegten. Die Einigung erforderte viel Zeit, und das endgültige Dokument beweist deutlich, daß es zum Teil italienischen, zum Teil französischen Ursprungs ist.

Daß die neue politische Orientierung starke Rückwirkungen auf die Jugoslawen haben wird, ist mit Sicherheit anzunehmen, und der Kleinen Entente könnte bald eine politische und militärische Bedeutung zukommen, die für die Unterhändler in Aix-les-Bains nicht allzu erfreulich wäre. Daß Millerand mit der Kleinen Entente nichts zu tun haben will, möchte man daraus schließen, daß er den rumänischen Ministerpräsidenten Take Jonescu sehr kühl empfing und nach wenigen Minuten in höflicher Form wieder entließ, während Giolitti sich lange mit Take Jonescu unterhielt. Dieser scheint übrigens auch von der Unterredung mit Giolitti nicht allzu befriedigt gewesen zu sein, da er den Journalisten erklärte, er sei bereit, Giolitti alle bisher in der Frage der Kleinen Entente gewechselten Schriftstücke zur Kenntnis zu bringen, um zu beweisen, daß diese keine feindseligen Absichten habe. Außer in der Adriafrage erhielt Giolitti unzweifelhaft sehr weitgehende Zugeständnisse in wirtschaftlicher Hinsicht. Frankreich verpflichtet sich, die Eisenbahn von Rijeka nach Coni auszubauen und will Italien 60 000 Tonnen von den früheren österreichisch-ungarischen Kriegsschiffen überlassen. Aber auch dieses Zugeständnis an Italien soll wieder einmal auf Kosten Deutschlands erfolgen. Es wird nämlich nur dann erfüllt werden können, wenn die von Deutschland für die Entente zu erbauenden Schiffe als Kompensation Frankreich überlassen werden, wozu natürlich England seine Zustimmung zu geben hätte, wie überhaupt England in allen Angelegenheiten, die in Aix-les-Bains geregelt wurden, das letzte Wort zu sprechen hat.

Der Kartoffelpreis in Thüringen.

Weimar, 15. Sept. (T.-U.) Über die Festsetzung des Kartoffelpreises in Thüringen fanden hier weitere Beratungen zwischen den Vertretern der beteiligten Kreise statt, die zu der erwarteten alle Beteiligte befriedigenden Verständigung führt. Das Angebot des Thüringer Landbundes, sowohl Vertragskartoffeln als auch die vertragsfreien Kartoffeln den Zentner frei Abgangsstelle für 20 Mark unter der Bedingung liefern zu wollen, daß für die etwaige Aufuhr nicht über 20 ℳ je Zentner und Kilometer berechnet werde, wurde angenommen.

Kommunistische Agitation gegen das Spa-Abkommen.

Bochum, 15. Sept. (WTB.) Seit dem 1. September ist die deutsche Kohlenlieferung an die Entente um fast 20 Prozent hinter den Spaer Verpflichtungen zurückgeblieben. Die Ententekommission in Berlin hat an den alliierten Rat Mitteilung über die kommunistische Agitation im Ruhrrevier gegen die Ausführung des Abkommens von Spa gemacht. Sie bemerkte dabei besonders, daß die deutsche Regierung keine Maßnahmen gegen die Agitation ergriffen habe, und daß diese Haltung die Erfüllung des Kohlenabkommens ernstlich gefährde.

Versammlungsverbot in München.

München, 15. Sept. (WTB.) Der Staatskommissar hat aus Gründen der öffentlichen Sicherheit die für heute angesetzte öffentliche Versammlung des republikanischen Führerbundes verboten.

Polnische Richtlinien für den Waffenstillstand.

Warschau, 15. Sept. (T.-U.) Der nationale Verteidigungsrat hat den Delegierten für Riga als Richtlinie für den Waffenstillstand die Linie bezeichnet, an welcher sich am Tage des Abschlusses des Waffenstillstandes die beiderseitigen Truppen befinden. Sollte in Riga über den definitiven Frieden verhandelt werden, so soll als politische Grenzlinie die sogenannte deutsche Linie im Norden und die Zbrucz-Linie im Süden gelten. — Inzwischen haben die Truppen der 3. polnischen Armee Wlodimir-Wolynsk erobert und diese Beute und Gefangene gemacht.

Die Streiklage in Italien.

Lugano, 15. Sept. In Mailand besetzten in der Nacht bewaffnete Arbeiter zwei Güterbahnhöfe und führten 41 mit Rohmaterialien beladene Eisenbahnwagen in die besetzten Fabriken. In Turin wurden 10 weitere Baumwoll-, Seifen- und Wirkwaren-, Silber- und Goldwarenfabriken von den Arbeitern besetzt. Mit Ausnahme von Turin, wo zwei Arbeiter getötet wurden, ist der gestrige Tag ruhig verlaufen. Verhandlungen zwischen den nationalen Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer begannen neuen, sehr ernsten Schwierigkeiten. Die in Mailand versammelten Industriellen forderten als Vorbedingung jeder weiteren Verhandlung die Räumung der Fabriken und die Wiederherstellung ihrer Besitzrechte. Der Gewerkschaftsbund fordert dagegen als Verhandlungsbasis die Anerkennung des gewerkschaftlichen Kontrollrechts der Arbeiter über die technische und

Englisches Ausfuhrverbot für Kohlen.

Christiania, 15. Sept. Nachrichten aus England zufolge wird vorläufig keine Ausfuhrerlaubnis für englische Kohlen erteilt werden. Ein offizielles Ausfuhrverbot ist in nächster Zeit zu erwarten.

Vor dem Rücktritt des französischen Präsidenten.

Paris, 15. Sept. (WTB.) Wie der „Matin" in Sperrdruck mitteilt, hat sich der Gesundheitszustand des Präsidenten der Republik Deschanel am letzten Freitag merklich verschlimmert. In Abgeordnetenkreisen spricht man von der Möglichkeit seines unmittelbaren Rücktritts. Der Minister des Innern hat sich sofort nach Aix-les-Bains begeben, um den Ministerpräsidenten Millerand von der Lage zu unterrichten. Sofort nach seiner Rückkehr wird sich der Ministerrat mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Wie das „Journal" dazu mitteilt, rechnet man damit, daß im Laufe der nächsten Woche eine Zusammenberufung des Parlaments zu einer außerordentlichen Tagung erfolgt, in der der Rücktritt Deschanels und das Dekret über die Einberufung der Nationalversammlung vorgenommen werden soll, die verfassungsgemäß innerhalb 48 Stunden nach dem Rücktritt des Präsidenten zusammentreten muß.

Zur englischen Bergarbeiterbewegung.

Amsterdam, 15. Sept. (WTB.) „Telegraaf" meldet aus London, daß sich die Aussichten auf eine Regelung der englischen Bergarbeiterbewegung verbessern. Die „Times" veröffentlichen einen Brief Smillies, in dem dieser kategorisch in Abrede stellt, daß der Kampf der Bergarbeiter um die Sozialisierung gehe und politischen Charakter trage.

Militärische Ehren für Giolitti.

Paris, 14. Sept. (T.-U.) Giolitti ist gestern nach Italien abgereist. Bei seiner Abreise von Aix-les-Bains wurden ihm militärische Ehren erwiesen und italienische und französische Nationallieder gespielt.

Russische Schmiergelder abgelehnt.

Amsterdam, 15. Sept. (WTB.) Laut „Telegraaf" hat die Direktion des „Daily Herald" beschlossen, die von der russischen Regierung angebotene Unterstützung von 75 000 Pfund Sterling nicht anzunehmen und den Redakteur Meynel, der das Geld angenommen hat, zu entlassen.

Niederlage der Demokraten in Nordamerika.

London, 15. Sept. (WTB.) Laut „Telegraaf" melbet die „Times" aus Washington, daß die Demokraten bei den örtlichen Wahlen im Staate Maine eine vernichtende Niederlage erlitten haben. Der republikanische Gouverneur wurde mit einer Stimmenmehrheit von 60 000 Stimmen gewählt. Alle Kongreßmitglieder und alle Beamten von Maine werden republikanisch sein. Die Unbeliebtheit Wilsons scheint an der Niederlage der Demokraten schuld zu sein.

Überfall eines englischen Postzuges in Irland.

Berlin, 15. Sept. (WTB.) Nach einer Havas-Meldung aus London ist gestern früh der Postzug, der die gesamte englische Post für Dublin und Cork enthielt, überfallen und die Post weggenommen worden.

Untergang eines Kohlendampfers.

Aarhus, 15. Sept. (T.-U.) Der mit Kohlen von Newcastle unterwegs befindliche Dampfer „Memel" ist überfällig. Man befürchtet, daß er während des letzten Sturmes in der Nordsee untergegangen ist.

Deutschland und der Völkerbund.

Rom, 14. Sept. Giolitti hat von Lloyd George in Luzern die sofortige Aufnahme Deutschlands und Österreichs in den Völkerbund verlangt und erklärt, daß dies das einzige Mittel sei, um aus dem Chaos herauszukommen. Lloyd George hat, wie jetzt erst bekannt wird, sich diesem Verlangen Giolittis zum Teil angeschlossen und erklärt, wenn Deutschland und Österreich weiter ihren guten Willen bei Erfüllung des Friedensvertrages zeigen, der Aufnahme dieser Staaten im Laufe des kommenden Jahres nichts im Wege stehe. Die durch die amtliche Veröffentlichung über die Zusammenkunft Giolittis mit Lloyd George zutage getretene Entrüstung ist nach dieser informatorischen Aufklärung aus der Umgebung Giolittis einer günstigen Auffassung gewichen. In politischen Kreisen wird erklärt, daß Giolitti in Luzern die gemäßigte Behandlung der durch den „Friedensvertrag" von Versailles noch zu lösenden Fragen durchgesetzt habe.

Vertagung der Konferenz von Genf?

Lugano, 15. Sept. Nach dem „Corriere della Sera" soll Giolitti dem Verlangen Frankreichs zugestimmt haben, die auf den 24. September vorgesehene Konferenz in Genf zu vertagen.

Der Zusammentritt des Völkerbundes.

London, 14. Sept. Wie das Reuterische Bureau erfährt, wird Leon Bourgois Vorsitzender der Versammlung des Völkerbundes sein, die am Donnerstag in Paris zusammentritt. England wird durch den Lebensmittelminister Fisher vertreten sein. Neben dem polnisch-litauischen Konflikt und dem Bericht der internationalen Juristenkommission über die Alandsinseln steht auf der Tagesordnung die Frage von Eupen und Malmedy; man erwartet aber, daß der Bericht über die Alandsinseln in dieser Sitzung nicht zur Sprache kommen wird, sondern in der Sitzung am 20. Oktober in Brüssel. Für Schweden gehen nach Paris Branting, Baron Mark und v. Würtemberg, für Finnland Donner, Enckell und Idman, die finnischen Gesandten in London, Paris und Kopenhagen.

Neuer Protest wegen der Durchfuhrverhinderung

Genf, 15. Sept. Der „Temps" meldet, daß der französische Botschafter im Auswärtigen Amt in Berlin neuen Protest erhoben habe gegen die gewaltsame Verhinderung der Durchfuhr von Munitionsschiffen im Kieler Kanal. Die Pariser Botschafterkonferenz wird sich mit der Stellung von Schadenersatzansprüchen zu befassen haben.

*

Die deutsche Handelsflotte zum Verkauf gestellt.

42 Passagierdampfer, 106 Frachtschiffe.

London, 14. Sept. Nach amtlicher Mitteilung hat Lord Inchcapa im Auftrage der Schadenersatzkommission den Verkauf der von Deutschland ausgelieferten Handelsschiffe an englische Reeder übernommen. Wie der Premierminister im Unterhause angegeben hat, handelt es sich um etwa zwei Millionen Tonnen Schiffsraum, die England zugefallen sind, das heißt 42 Passagierdampfer und etwa 106 Frachtschiffe. Es handelt sich, wie aus dem Verzeichnis ersichtlich, zum Teil um Deutschlands schönste und stolzeste Schiffe, die den Ruhm deutschen Schiffsbaus über alle Meere getragen haben. Den Reigen eröffnet nach einer Mitteilung der „Daily News" der 52 000-Tonnen-Dampfer „Bismarck", das größte Schiff der Erde. Ferner befindet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200915-18/fragment/page=0001

sich unter den zum Verkauf gestellten Schiffen der „Imperator", „Kaiserin Auguste Viktoria", „Zeppelin", „Prinz Friedrich Wilhelm", „Bremen" u. a. m. Die erste Ankündigung des Verkaufs der deutschen Handelsflotte hat bereits ein Massenangebot an Offerten gezeitigt.

Der Kampf im Osten.

Die Polen in Riga.

Die Polen scheinen den Ehrgeiz zu haben, nach ihren noch nicht so recht gesicherten militärischen Siegen nun auch noch beim diplomatischen Friedensgeplänkel in Riga besondere Siegeslorbeeren zu pflücken. Sie machen dazu einen scharfen Offensivvorstoß. Die Richtlinien, die den polnischen Unterhändlern nach einem Beschluß des Landesverteidigungsrates nach Riga mitgegeben wurden, sind eine außerordentlich schroffe Ablehnung aller bisher bekundeten bolschewistischen Wünsche. Über die wichtigen Fragen des Besitzes Wilnas, der inneren und der äußeren Regelung der Verhältnisse in der Ukraine und über Ostgalizien verbitten sich die Polen einfach jede Diskussion. Ein Nachgeben der Sowjetvertreter in diesen Fragen wäre eine schwere diplomatische Niederlage für sie. Der Umfall Englands, neuerdings durch die Ausweisung Kamenews aus London unterstrichen, hat sowieso schon die Stellung der Sowjetdelegierten in Riga bedenklich erschüttert. Trotzdem ist anzunehmen, daß die Sowjetvertreter, gesalbt mit allem Öl bolschewistischer Diplomatik, in Riga erscheinen werden, um dort aus den Falten ihrer Toga eine Antwort auf die polnischen Richtlinien herauszuholen, die genugsam erkennen lassen wird, daß Rußland durchaus noch nicht gesonnen ist, sich als Besiegter zu fühlen und sich seine wichtigen wirtschaftlichen und politischen Interessen in den Randstaaten beschneiden zu lassen.

Der polnische Heeresbericht.

Aus dem Generalstabsbericht der polnischen Armee vom 13. d. Mts.: Im Bereiche von Sokal erreichten unsere Truppen die Linie Kristinopol-Sokal. Nördlich Sokal brachen wir nach heftigem Kampfe den Widerstand des Feindes und überschritten den Studzionka-Fluß. Unsere Abteilungen haben Chovinczew, Uscilug, und Byskupice besetzt. Westlich Kowel haben wir trotz hartnäckigem Widerstande des Feindes den Ort Maciejow genommen. In der Gegend von Szitale und Stepanki wurden wiederholte Angriffe fünf bolschewistischer Regimenter abgewiesen und der Feind zu fluchtartigem Rückzuge gezwungen. Die Beute in diesem Abschnitt betrug 132 Gefangene und drei Maschinengewehre.

Die russischen Friedensbedingungen für Finnland.

Paris, 15. Sept. Ein Moskauer Funkspruch meldet, daß Kerjensen, der russische Friedensdelegierte in Finnland, der finnischen Regierung folgende Hauptfriedensbedingungen mitgeteilt habe:

Sowjet-Rußland tritt Finnland den Teil des Gebietes von Petschenga ab, der Zutritt zum Arktischen Meer gibt. Finnland erhält ein ausgedehntes Gebiet und freie Verbindung mit Norwegen. Seinerseits tritt Finnland Gebiete von Ostkarelien an Rußland ab.

Friedliche Auseinandersetzung zwischen Lettland und Litauen.

Kowno,, 14. Sept. Auf die letzte Note Sapiehas antwortete der litauische Außenminister unter nochmaligem Hinweis darauf, daß Litauen seine Neutralitätspflichten nicht verletzt habe, Litauen sei bereit, die Streitfragen auf friedlichem Wege auf Grundlage des in Sapiehas Note vom 9. September enthaltenen Vorschlages zu erledigen. Die Delegierten würden am 14. September in Kalwaria eintreffen. Litauischerseits würden die Feindseligkeiten am 13. September eingestellt werden.

Politische Uebersicht.

Die Arbeiterbewegung in Italien.

Die „Agenzia Stefani" meldet: Am Freitag, Sonnabend und Sonntag wurden die direkten Züge Rom—Mailand durch Arbeiter auf freier Strecke angehalten, um die Truppentransporte zu verhindern. Polizeimannschaften, die sich in den Zügen befanden, wurden vom Eisenbahnpersonal gewaltsam entfernt. — Der „Secolo" meldet: Die Eisenbahner in Mailand, Turin, Bologna und Genua haben beschlossen, sofort den Generalstreik zu proklamieren, falls die Truppentransporte aus Süditalien nach Oberitalien nicht eingestellt werden. Auch in anderen Städten zeigen sich Fälle von Gewaltmaßnahmen der Eisenbahner und radikalen Arbeiter.

Nachgeben der italienischen Regierung?

Wie der „Corriere della Sera" berichtet, haben die Gewerkschaftsführer mit Giolitti konferiert. Eine der ersten Bedingungen, die sie für die Grundlage einer Verständigung aufstellen, war die sofortige Einstellung der Truppentransporte und der Entsendung von Polizeimannschaften nach Oberitalien. Giolitti hat unter dem Zwang der Umstände der Forderung entsprochen.

Wie die „Neue Zürcher Zeitung" aus Mailand berichtet, bildet der Sieg der gemäßigten Sozialisten bei der Abstimmung am Sonntag eine Rechtfertigung der Taktik Giolittis, dem man nicht Schwäche, sondern kluge Voraussicht nachsagen könne.

*

Schweiz.

Der Luftverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland.

Bern, 15. Sept. Schweizerische Depeschen-Agentur. Gestern unterzeichnete Bundespräsident Motta und der deutsche Gesandte Müller ein vorläufiges Übereinkommen, betreffend den Luftverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland. Das Übereinkommen tritt sofort in Kraft. Es entspricht im wesentlichen den bereits mit Frankreich und England abgeschlossenen Übereinkommen.

Schweden.

Aland den Schweden zugesprochen.

Hamburg, 15. Sept. Die „Hamburger Nachrichten" melden aus Kopenhagen: Nach Bekanntwerden des Gutachtens der Internationalen Juristischen Kommission wurde von den Aländern die schwedische Flagge gehißt. Es fanden große Festlichkeiten statt, und es wurde eine Huldigungsdepesche nach Paris gesandt.

*

Deutschland.

Eine Sonderpartei des Mittelstandes?

(Von unserm Berliner Mitarbeiter.)

In der letzten Woche fand in Weimar die Jahresversammlung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks statt. An 600 Vertreter des gesamten deutschen Handwerks waren zusammengekommen, um zu den wichtigsten, das Handwerk betreffenden Fragen Stellung zu nehmen; der Tagung wohnten Vertreter sämtlicher bürgerlicher Parteien und der Reichs- und Landesregierungen bei. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Frage der Sozialisierung bezw. Kommunalisierung. Einmütig wurde jede auf das Handwerk bezügliche Sozialisierung verworfen, hingegen der genossenschaftliche Zusammenschluß empfohlen. Das Hauptrefereat hierüber lag in den Händen des bekannten demokratischen Abgeordneten und Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes Crüger. Während nun in Weimar die berufenen Vertreter des Handwerks tagten und sich darin in ihrer überwiegende Mehrheit einig waren, daß eine politische Absonderung des gewerblichen Mittelstandes schädlich sei und zur Einflußlosigkeit führe, hingegen eine angemessene Vertretung in den großen politischen Parteien angestrebt werden müsse, beschloß in Berlin eine Versammlung von Mittelstandsvertretern die Begründung einer neuen „Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes".

Die Führer dieser Bewegung sind die Berliner Stadtverordneten Müller-Franken (nicht etwa zu verwechseln mit dem früheren Reichskanzler dieses Namens) und Drewitz. Man erinnert sich des völligen Mißerfolges der selbständigen Mittelstandslisten bei den Reichstagswahlen 1920 und auch in früheren Jahren. Zwar gelang es diesen Sonderlisten, insbesondere den Demokraten Stimmen fortzunehmen und dadurch die Eroberung eines dritten demokratischen Sitzes in Groß-Berlin zu verhindern, aber mit dem Erfolge, daß die Sonderliste völlig ausfiel und keinerlei Mandat erhielt! . . . Und wenn es nun schließlich gelungen wäre, ein Mandat zu erlangen, wäre damit dem Mittelstand geholfen? . . . Man weiß, daß in den Parlamenten nur stärkere Fraktionen etwas erreichen können. Die Hauptarbeit liegt bekanntermaßen in den Kommissionen, in denen die kleinen Sondergrüppchen keine Vertretung erhalten können. Die Rolle eines derartigen Abgeordneten — und mag es auch ein „Klub" von zwei oder drei sein — ist überaus traurig; will er etwas Positives leisten, so ist er schließlich doch gezwungen, sich einer großen Fraktion anzuschließen. Nur politisch völlig ungeschulte Köpfe können eine derartige Sondergruppe bilden wollen, die nichts weiter als nutzlos verpulverte Energie und Geldmittel darstellt.

Nur im Anschluß an eine große Partei vermag der Mittelstand sich durchzusetzen und sich eine starke einflußreiche Vertretung zu verschaffen. Ihrer ganzen Art und Beschaffenheit nach, als Partei des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs, dürfte die Deutsche demokratische Partei hierfür besonders geeignet sein. Schon heute sitzen in ihren Reihen so namhafte Mittelstandsvertreter wie Krüger-Hagen, Herrmann-Reutlingen und Kniest-Kassel, Bartschat-Königsberg u. a., die es verstanden haben, die Interessen der gewerblichen Mittelschicht geschickt und zielbewußt mit Unterstützung ihrer Fraktion wahrzunehmen. Eine weitere Verstärkung und Stützung dieser Abgeordneten muß das Ziel sein, nicht aber eine doch zur Totgeburt verurteilte Sondergründung.

*

Aus den Parlamenten.

Der Reichswirtschaftsrat

soll am 21. September zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen in erster Linie die Berichte der Sozialisierungskommission über die Kohlenwirtschaft, dann die Besprechung der Anträge des Außenhandels über die Aufhebung der Außenhandelskontrolle und der Ausfuhrabgabe. Ferner soll über den Aufbau der Wirtschaftsorganisation gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung verhandelt werden. Endlich wird der Reichswirtschaftsrat Mittel zur Linderung der Notlage der produktiven Stände zu finden suchen.

Erwerbslosenfürsorge.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß hat Richtlinien für die Erwerbslosenfürsorge aufgestellt. Er verlangt ihre Regelung durch Gesetz, besonders durch eine Arbeitslosenversicherung. Ziel jeder Erwerbslosenfürsorge muß sein, die Arbeitskraft der Erwerbslosen produktiv zu gestalten. Der Weg dazu soll gefunden werden durch Vornahme von Notstandsarbeiten, innere Kolonisation, Anreiz zur Gütererzeugung, in den für den Massenbedarf arbeitenden Industrien, wie Schuh-, Textil-, Baustoffindustrie, Bereitstellung von Mitteln für Wohnungszwecke, Förderung der Ausfuhr von Fertigfabrikaten, Beschneidung unberechtigt hoher Gewinne, bessere Organisation des Arbeitsnachweises, Reform der Ausfuhrabgaben. Die Sätze der Erwerbslosenfürsorge sollen den Bedürfnissen des Winters angepaßt werden.

Demokratische Preußenanträge.

Von den demokratischen Mitgliedern des Hauptausschusses der preußischen Landesversammlung wurden bei der Beratung des Etats für Volkswohlfahrt folgende Anträge gestellt: 1. Die Staatsregierung wird ersucht, nach dem Muster von Württemberg und Baden bisherige Truppenübungsplätze zur Verwendung für erholungsbedürftige Großstadtkinder bereit zu stellen. 2. Die Staatsregierung wird ersucht, die Bestrebungen des Hauptausschusses für deutsche Jugendherbergen tatkräftig zu unterstützen. Bei der Beratung des Etats wurde von der Regierung zugegeben, daß die Unterstützung der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen auch nach der neuesten Erhöhung nicht voll ausreiche. Die Reichsausgaben für diese Unterstützungen betragen jährlich ungefähr sechs Milliarden Mark. Von demokratischer Seite wurde auf das Eingehen von Einrichtungen der allgemeinen Fürsorge hingewiesen, das größtenteils aus dem Mangel an Mitteln erfolgt. Die demokratische Abg. Frau Dönhoff beklagte im Interesse der Familienmütter, daß die Stellen ausscheidender Kriegsfürsorgerinnen nicht wieder besetzt werden. Sie trat für die Bereitstellung verstärkter Mittel für die allgemeine Fürsorge ein, regte die Schaffung der Stellung eines vortragenden Rates an, die mit einer in der Wohlfahrtspflege erfahrenen Frau besetzt werden möchte.

Die Entscheidung über den Mittellandkanal.

Der 24. Ausschuß der Preußischen Landesversammlung hat am Dienstag mit 20 gegen 5 Stimmen die Regierungsvorlage über die Fortführung des Mittellandkanals angenommen. Eine Ergänzung der Vorlage wurde durch den Beschluß vorgenommen, daß ein Anschlußkanal zur Saale bei Bernburg oder einem anderen, hinsichtlich des Kostenaufwandes und wirtschaftlich der oberen Saale gleichkommenden Gebiet unter Benutzung der Elbe und Saale gebaut würde. Der Ausschuß nahm folgende Entschließung an: „Den an der Fortsetzung des Mittellandkanals nebst Stichkanälen liegenden Gemeinden erwachsen insofern der anormalen wirtschaftlichen Verhältnisse durch die notwendig werdende Errichtung von Umschlagstellen und Hafenanlagen derartig hohe Kosten, daß dadurch ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nicht nur schwer bedroht, sondern die Gefahr eines finanziellen Zusammenbruches herbeigeführt wird. Die verfassunggebende Preußische Landesversammlung ersucht daher die preußische Staatsregierung, in Erwägung darüber einzutreten und geeignete Vorschläge zu unterbreiten, in welcher Weise durch Darlehen und Teuerungszuschüsse oder anderes die Gemeindeunterstützung bei diesen Bauten gewährt werden kann." — Der Ausschuß nahm außerdem noch den Antrag an, die Regierung zu ersuchen, den Grundbesitzern und Kleinbesitzern, die infolge des Kanalbaues Land abtreten müssen, nach Möglichkeit Ersatz an Land zu gewähren und dazu gegebenenfalls aus den Domänen Land zur Verfügung zu stellen. Man kam überein, eine dritte Lesung der Mittellandkanalvorlage im Ausschuß vorzunehmen, nachdem sich die Fraktionen über ihre Stellungnahme schlüssig geworden sind.

Die Deckung der preußischen Besoldungsvorlage.

Zwischen den Parteien der preußischen Landesversammlung herrscht Übereinstimmung, daß die Besoldungsgesetze noch vor den Wahlen verabschiedet werden sollen. Es sollte aber eigentlich selbstverständlich sein, daß die verfassunggebende Preußische Landesversammlung dann auch die Deckung für die erhöhten Besoldungsausgaben schafft. Im Finanzministerium wird augenblicklich eine Denkschrift vorbereitet, die die Sanierung der preußischen Finanzen als unbedingt notwendig nachweist, die aber vermeidet, bestimmte Steuervorschläge zu machen. Es ist zweifellos parlamentarisch richtiger und politisch erzieliger, wenn bei der bevorstehenden Beratung der Besoldungsgesetze die einzelnen Parteien auch genötigt werden, an die Deckung zu denken. Man darf annehmen, daß bei den bevorstehenden Besprechungen zwischen der Regierung und den Parteiführern von seiten des Finanzministers entscheidendes Gewicht darauf gelegt wird, daß die Besoldungsgesetze nicht verabschiedet werden, ohne daß gleichzeitig Deckung geschaffen wird. Der Kultusminister Haenisch hat ja in Kiel auch dahingehende Andeutungen gemacht.

*

Der Eisenbahnerverband und die Erfurter Vorgänge.

Dresden, 14. Sept. In der heutigen Nachmittagssitzung der Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes erschien eine Deputation aus Erfurt, um der Versammlung persönlich die Vorgänge in Erfurt zu schildern, wo, wie berichtet, Ententemunition zum Explodieren gebracht wurde. Aus der Versammlung wurde darauf eine Kommission gewählt, die die Deputation anhören und dann dem Plenum Bericht erstatten soll. Ferner wurde ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, in welchem die Generalversammlung die Entlassung der Erfurter Eisenbahnarbeiter auf das schärfste verurteilt. Wörtlich heißt es dann in dem Antrag weiter: „Kommt die neutralitätsbrüchige Regierung der Forderung nicht nach, so werden die Eisenbahner ihre Solidarität mit den Entlassenen durch alle zweckdienlichen Mittel zum Ausdruck bringen und den Kampf, der ihnen vom Minister durch seine Haltung aufgezwungen wird, aufnehmen." In einem zweiten Dringlichkeitsantrag beauftragt die Generalversammlung die Kontrollkommission, daß sie die Überwachung des Verkehrs nach wie vor nach den Richtlinien des Internationalen Gewerkschaftsbundes vornehmen soll, und daß sie die Richtlinien der Reichsregierung nur insoweit anerkennt, als sie sich mit den Richtlinien des Internationalen Gewerkschaftsbundes decken.

Provinz und Nachbarländer.

h. **Halle, 15. Sept.** Die Quäkerspeisung der Schulkinder und unterernährten Mütter hat wieder begonnen. Sie muß aber bedeutend eingeschränkt werden. Es können nur noch 4000 Personen täglich gespeist werden. Die abgegebene Speisemenge beträgt täglich für ein Kind ½ Liter, für ein Kleinkind 3/10 Liter und für eine Mutter 6/10 Liter. Es werden nur Kinder zur Speisung zugelassen, die vom Stadtschularzt dazu bestimmt werden. Danach kommen nur etwa der sechste Teil der Schulkinder in Frage. — Ein Handelsmann wurde durch Kriminalbeamte festgenommen, der Rennwetten auf eigene Rechnung angenommen und zu diesem Zweck sein Heim in einer Gastwirtschaft in der Franckestraße aufgeschlagen hatte.

† **Weißenfels, 15. Sept.** Nachts wurde der 65jährige Arbeiter Bähr aus Wählitz in der Nähe von Webau von zwei Männern angefallen, schwer verletzt und seiner Barschaft im Betrage von 3000 Mark beraubt. Bähr wollte sich nach Bahnhof Weißenfels begeben, um nach seiner Arbeitsstelle Leuna zu fahren.

† **Frankenhausen (Kyffh.), 15. Sept.** Der Handwerker Morawe überfiel in Frankenhausen am Kyffhäuser aus Eifersucht die Tochter der Brücknerschen Eheleute in deren Hause, verletzte sie schwer durch Messerstiche und steckte dann das Gehöft in Brand, um sich selbst den Tod zu geben. Die gänzlich verkohlte Leiche fand man unter den Trümmern.

† **Delitzsch, 15. Sept.** Eine Arbeitsgemeinschaft der Fleischereibetriebe des Kreises Delitzsch mit dem Sitze in Delitzsch ist hier gegründet worden. Die Vereinigung, der sofort 60 Fleischereibetriebe beigetreten sind, hat den Zweck der Regelung des An- und Verkaufs, Verwendung und Beschaffung von Nebenprodukten und Rohstoffen, Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Regelung des Freibank-Fleischverkaufes usw.

† **Dessau, 15. Sept.** Die Kriminalpolizei deckte Riesenzuckerdiebstähle auf, die seit Januar in den Zuckerraffinerien zu Dessau und Alten verübt worden waren und zu großen Verlusten führten. 12 Personen wurden verhaftet und 45 unter Anklage gestellt.

† **Jena, 15. Sept.** Die Proteste gegen die vor einiger Zeit vom Gemeinderate beschlossene Straßenreinigung (Kehrsteuer), die einseitig den Hausbesitzern auferlegt wurde, haben ihren Zweck nicht verfehlt. In der Gemeinderatssitzung zeigte sich, daß auch die Sozialdemokraten zu der Erkenntnis gekommen sind, daß die Steuer in der beschlossenen Weise nicht durchführbar ist. Nicht nur die Höhe der Kehrsteuer, sondern auch der mit der Erhebung verbundene Schematismus, der in einzelnen Fällen zu empfindlichen Härten führen würde, zeitigte das Verlangen nach einer neuen Vorlage. Der Finanzausschuß erhielt den Auftrag, eine andere Form zu suchen. Das kann er natürlich nur, wenn er an den Gebührensätzen erhebliche Abstriche macht.

† **Schmalkalden, 15. Sept.** Der Vorstand des Kreisbauernvereins hat beschlossen, der minderbemittelten Bevölkerung der Stadt Schmalkalden, die eine volle Eindeckung des Jahresbedarfes aus Mangel an Geldmitteln und Aufbewahrungsräumen nicht ermöglichen kann, Kartoffeln zu einem Preise von 18 bis 20 *M* je Zentner ausschließlich Anfuhr, zur Verfügung zu stellen.

*

Eine Million gestiftet.

Helmstedt, 14. Sept. Bei dem Bergfest der Gewerkschaften Burbach, Walbeck, Bartensleben, Buchberg und der Chem. Fabrik Walbeck„ das heute nach siebenjähriger Pause wieder gefeiert werden konnte, teilte der Vorsitzende der Grubenvorstände Gerhard Korte aus Magdeburg mit, daß die genannten Kaligewerkschaften für eine Pensionskasse ihrer Angestellten und Arbeiter ein Kapital von einer Million Mark gestiftet haben.

Der Vorstand des Bezirksverbandes der Deutschen demokratischen Partei im Regierungsbezirk Merseburg

hielt kürzlich in Halle eine Sitzung ab. Gegenstand der Verhandlungen bildeten Organisationsfragen, die Stellung zu anderen Parteien und die innere politische Lage. Nach einer eingehenden Aussprache wurde zu dem letzten Punkt nachstehende Entschließung angenommen:

Der Bezirksvorstand ersucht die Reichsregierung, allen Versuchen, die Staatsautorität durch Hervortreten irgend einer Nebenregierung zu unterbinden, nachdrücklichst mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Einen sofortigen Abbau der Erwerbslosenunterstützung unter gleichzeitigem Eintritt für eine zweckmäßig zu gestaltende Arbeitslosen-Versicherung sieht der Vorstand als dringend notwendig an. Angesichts unserer finanziell und wirtschaftlich überaus gefährdeten Lage ersucht der Vorstand die Reichsregierung, für eine intensivere Ausnutzung und Heranziehung der Arbeitskräfte einzutreten. Die alsbaldige Durchführung des Antrages Delius-Dr. Pachnicke, der vom Reichstag die Einsetzung eines Ausschusses zur Herbeiführung einer Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung fordert, hält der Vorstand des Bezirksverbandes für eine bringende Pflicht der Reichsregierung.

Merseburg und Umgegend.

15. September.

Waffenablieferung!

Heute, am 15. September beginnt die Frist der freiwilligen Waffenablieferung. Die nächsten Wochen bis zum 1. November werden eine Prüfungszeit für den staatsbürgerlichen Sinn der Deutschen sein. Selten ist ein Gesetz unter so schwerem doppelten Druck der äußeren und inneren Notwendigkeiten zustande gekommen, wie das Entwaffnungsgesetz. Denn nicht nur Versailles und Spa haben Regierung und Reichstag gezwungen, dieses Gesetz zu erlassen, vor allem wurde es gefordert, um den inneren Frieden des Landes zu sichern. Jeder Deutsche, der noch Militärwaffen hat, muß seine Pflicht tun, um schlimmes Unheil von seinem Vaterlande abzuwenden. Er muß seine gesetzliche Pflicht erfüllen und diese Waffen abliefern. Der Entschluß dazu ist ihm leicht gemacht worden. Eine weit verzweigte Organisation der Ablieferungsstellen gibt jedem, der noch Waffen hat, die bequeme Möglichkeit, sie abzuliefern. Für jedes abgelieferte Stück werden 5 Wochen hindurch Geldprämien gewährt, die bei der Abgabe bar ausbezahlt werden. Niemand hat dabei irgend welche Fragen nach seiner Person oder der Herkunft der Waffe zu erwarten. Die Abgabe vollzieht sich vollständig formlos, ohne daß Legitimationen verlangt oder Namen festgestellt werden. Das Gesetz sichert jedem, der Waffen in der Zeit vom 15. September bis 1. November abliefert, völlige Straffreiheit wegen unbefugter Aneignung der Waffen und wegen Zuwiderhandlung gegen die bisher erlassenen Waffenvorschriften zu. Möchten alle, die Militärwaffen im Besitz haben, in der angegebenen Zeit von den gebotenen Vergünstigungen Gebrauch machen, ehe sie sich nach dem 1. November harten Strafbestimmungen aussetzen.

Für die Ablieferung von Militärwaffen sind nach einer Bekanntmachung im heutigen, dem „Korrespondenten" beigefügten Amtsblatt der Kreisverwaltung im Kreise Merseburg folgende fünf Abnahmestellen eingerichtet worden:

1. Polizeiverwaltung Merseburg: Die Stadt Merseburg, die Ortschaften und Gutsbezirke der Amtsbezirke Wallendorf, Meuschau, Schkopau, Dürrenberg, Spergau, Leunawerke, Frankleben.
2. Polizeiverwaltung Lauchstedt: Die Stadt Lauchstedt, die Ortschaften und Gutsbezirke der Amtsbezirke Niederclobicau, Benkendorf und Holleben.
3. Polizeiverwaltung Schafstädt: Die Stadt Schafstädt und die Ortschaften und Gutsbezirke des Amtsbezirks Groß-Gräfendorf.
4. Polizeiverwaltung Lützen: Die Stadt Lützen, die Ortschaften und Gutsbezirke der Amtsbezirke Teuditz, Delitz a. S., Großgörschen, Kitzen, Altranstädt.
5. Polizeiverwaltung Schkeuditz: Die Stadt Schkeuditz, die Ortschaften und Gutsbezirke der Amtsbezirke Cursdorf, Altscherbitz, Papitz, Klein-Liebenau, Dölkau, Wehlitz.

Die Gemeindebehörden werden auf das im Amtsblatt veröffentlichte „Merkblatt zur freiwilligen Waffenablieferung" noch besonders hingewiesen.

*

** Die Verkürzung der Polizeistunde, die bereits für den 15. d. M. erwartet worden war, wird zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Kraft treten. Das ist das einzige, was sich in dieser Frage augenblicklich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200915-18/fragment/page=0002

mit Bestimmtheit sagen läßt. Vielleicht hat der Widerstand der Öffentlichkeit und der beteiligten Kreise, insbesondere der Gastwirte, auf die Behörden etwas eingewirkt. Die Entscheidung ruht beim Ministerium des Innern. Seitens der Behörden wird nicht mehr bestritten, daß in der Hauptsache politische Gründe für den Plan der Verkürzung der Polizeistunde maßgebend seien. Nachdem die öffentliche Meinung sich gegen eine solche durch gewichtige Gründe nicht gerechtfertigte Verbeugung vor der Entente ausgesprochen hat, mag die Regierung vielleicht ihren bisherigen Standpunkt einer Revision unterziehen.

** **Zur Beachtung für ehemalige Militärpersonen.** Vom Versorgungsamt Weißenfels wird uns geschrieben: Alle ehemaligen Heeresangehörigen werden darauf hingewiesen, daß alle Anträge: 1. in Heimkehr-Angelegenheiten; 2. auf nachträgliche Beförderung und Verleihung von Orden und Verwundetenabzeichen, soweit solche überhaupt noch zulässig sind; 3. auf Entlassungsanzüge und Geldvergütung hierfür; 4. Abfindung mit rückständigen Gebührnissen ab 15. d. M. an das Abwicklungsamt 4. Armeekorps in Magdeburg zu richten sind und auch von diesem bearbeitet werden. Alle nach dem 15. September beim Versorgungsamt eingehenden Anträge bleiben unbeantwortet.

** **Das Abwicklungsamt des IV. Armeekorps in Magdeburg** macht bekannt, daß laut Verfügung des Reichswehrministeriums nach dem 1. Oktober 1920 — außer an nach dem 31. Juli 1919 zurückgekehrte Kriegsgefangene — Eiserne Kreuze 1. und 2. Klasse nicht mehr verliehen werden dürfen. (Vergl. Anzeige.)

** **Mitteldeutsche Heimstätte.** Die Heimstätte, Wohnungsfürsorgegesellschaft der Provinz Sachsen, veranstaltet von Ende August ab einen Kursus in einwandfrei erprobten Lehmbauarten (Patzen- und Stampfbau, Lehmschindelfertigung). Der Kursus dauert vier Wochen, unter Leitung von Fachleuten und mit staatlicher Unterstützung in Langenweddingen bei Magdeburg; es sind bereits mehrere Lehmhäuser errichtet nach dem Vorbild von Sorau. Den Teilnehmern wird Stundenlohn gezahlt. Nähere Bedingungen sind bei der Heimstätte zu erfahren. Am 18. d. Mts. findet eine Besichtigung von Lehmhäusern statt. Gezeigt wird Interessenten die Ausführung der Stampfarbeiten, Herstellung der Lehmsteine und das Anfertigen und Aufhängen der Lehmschindeln auf Dachkonstruktion. Abfahrt von Magdeburg 12,18 mittags. Sonntag den 26. d. Mts. findet eine zweite Besichtigung und Brandprobe des Lehmschindeldaches statt. — In Berlin wurde gleichzeitig ein „Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften" gegründet. An der Spitze des Zentralorgans steht Oberregierungsrat Dr Rusch vom „Sächsischen Heim", Stellvertreter Regierungsrat Metz von der „Märkischen Heimstätte". In der ersten Sitzung wurde beschlossen, eine Erhöhung der unzureichenden Einheitssätze für Bewilligung der Baukostenzuschüsse zu beantragen.

** **Wiedergültigkeit außer Kurs gesetzter Briefmarken.** Die Freimarken der Reichspost zu 2, 2½, 3 und 7½ ₰ waren bekanntlich zum Ende des Monats August für ungültig erklärt worden, wurden aber später wieder zur Ergänzung von Postkarten usw. zugelassen, während sie für Briefe, Drucksachen usw. ungültig blieben. Jetzt sind sie wieder für gültig erklärt worden und werden zunächst noch bis Ende dieses Jahres allgemein zur Freimachung von Postsendungen zugelassen. Auch der Umtausch dieser Wertzeichen sollte mit dem 15. September aufhören, die Frist ist aber jetzt ebenfalls bis zum Ende des Jahres verlängert worden.

** **Kein „Soldatenbrief" mehr!** Die Gebührenvergünstigung für Sendungen an Heeresangehörige ist aufgehoben worden. Trotzdem werden noch häufig nichtfreigemachte Briefe mit dem Vermerk „Soldatenbrief, Eigene Angelegnheit des Empfängers" aufgeliefert. Solche Sendungen werden dem Absender, wenn er bekannt ist, zur Freimachung zurückgegeben, andernfalls mit dem doppelten Portobetrage austaxiert.

** **Umsatzsteuer bei Versteigerungen.** Bei Versteigerungen wird in der Regel ein Aufgeld zum Zuschlagspreise erhoben, das lediglich zur Bestreitung der dem Versteigerer entstehenden Unkosten dient. Über die Umsatzsteuerpflicht dieses Aufgeldes bestehen Zweifel. Es wird zum Teil als Provision für die Vermittlung angesehen und erst am Jahresschluß mit dem Satz der allgemeinen Umsatzsteuer versteuert. Eine derartige Auffassung ist irrig. Alles das, was der Versteigerer von demjenigen, der den Zuschlag erhalten hat, vereinnahmt, ist, je nach Art der versteigerten Gegenstände, umsatz- oder luxussteuerpflichtig. Eine Zerlegung des Versteigerungserlösesin den Bietungspreis und eine besondere Vermittlungsgebühr widerspricht dem in § 8 des Gesetzes enthaltenen Begrifff des Entgelts.

** **Warnung vor polnischen Geldsammlern!** Man schreibt uns: Um den immer frecher und zahlreicher auftretenden polnisch gesinnten Sammlern und Gesellschaften wirksam zu begegnen, die nur Gelder für polnische, also deutschfeindliche Zwecke sammeln, sehen wir uns genötigt zu warnen vor: 1. West-östlicher Kulturbund, 2. Heimatbund, 3. Hermannsbund, 4. Zweckverband für Oberschlesien und die Ostmarken, 5. Aufbauzentrale, 6. Heimatschutz, 7. Zentralstelle für soziale Volksaufklärung, 8. Vereinigung zur Erhaltung des Deutschtums in nationalgefährdeten Gebieten, 9. Hilfswerk für unsere unterernährten Kinder, 10. Deutscher Schutzbund für In- und Auslandsdeutsche, 11. Verband gegen den Bolschewismus, 12 Berliner Privat-Kreditgenossenschaft, früher Berliner Märkische Gesellschaft vom grünen Kreuz. Beim Auftreten solcher Agenten bitten wir, unverzüglich unsere Ortsgruppe — Bürgergarten 13 — und die Polizeiverwaltung zu benachrichtigen.

** **Haussammlung für unsere notleidenden oberschlesischen Landsleute.** Am 19. d. Mts. findet in Merseburg eine Haussammlung statt, deren Erlös zum großen Teil den aus ihrer oberschlesischen Heimat vertriebenen Landsleuten sowie der dortselbst durch die polnische Besatzung und polnischen Terror in bitterste Not geratenen Oberschlesiern zu helfen bestimmt ist. Denket daran, der Winter steht vor der Tür, eine große Anzahl von Haus und Hof vertrieben, ihrer Verdienstmöglichkeiten, nur weil sie Deutsche sind, beraubt, irren wohnungs- und brotlos in der Welt herum und sind der bitteren Kälte ausgesetzt! Darum richten wir die dringende Bitte an alle, weist keinem Flüchtling die Tür, wenn er sich durch einen Flüchtlingsschein vom dortigen Landrat oder mit einem Ausweis von den „Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier" legitimieren kann. — Arbeitgeber, die gewillt wären oder in der Lage sind, solchen Leuten Unterkunft oder Arbeit zu geben, werden gebeten, der hiesigen Ortsgruppenleitung — Bürgergarten 18 — Mitteilung zu machen.

** **Obstdiebe** wurden in vergangener Nacht in einem Grundstück der Mälzerstraße überrascht. Die Hunde der Nachbarschaft schlugen Lärm, wodurch auch der polizeiliche Wachdienst sofort in Tätigkeit trat. Da auf Anruf der eine Dieb auf einen Polizeibeamten schoß, machte auch dieser von der Waffe Gebrauch. Leider verfehlte der Beamte in der Dunkelheit sein Ziel. Unter Zurücklassung der gemachten Beute flüchteten die Diebe — drei Personen — durch die Nachbargrundstücke nach der Schulstraße, wo sie dann spurlos verschwanden. — Vorher waren die Diebe auch im Gartengrundstück unseres Geschäftshauses, wurden hier aber sofort bemerkt und, da sie auf Anruf Reißaus nahmen, durch Schrotschüsse verscheucht.

** **Festgenommen** wurde in der Rischmühle ein Soldat, der seit einigen Tagen aus seinem Garnisonort Wurzen flüchtig ist. Er hielt sich im Leunawerk auf, wo er aus den Baracken einen Reisekoffer und eine Soldatenkiste gestohlen hatte. Er wurde von der Polizei dem hiesigen Garnisonkommando übergeben.

** **Deutscher Rentnerbund.** Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit wird nochmals darauf hingewiesen, daß morgen, Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 3 Uhr, im „Tivoli" die Versammlung zur Gründung einer Ortsgruppe für Merseburg und Umgebung stattfindet.

** **Ein Evangelischer Volksabend** wird am kommenden Sonntag, abends 8 Uhr, im Dom abgehalten. Unter Mitwirkung von Frau Landesrat Bothe, Lyzealdirektor Seele, des Bachvereins und des Domchors sowie des Domorganisten Schumann, verspricht der Volksabend ein besonders stimmungsvoller zu werden. Unser allgemein geschätzter Superintendent Prof. Bithorn wird über „Gott und die Gegenwart" sprechen Am Ausgang werden Gaben für Oberschlesien erbeten.

** **Die Ortsgruppe Merseburg des Verbandes der Regierungs- und Finanzsupernumerare** veranstaltete kürzlich im „Halben Mond" eine Mitgliederversammlung, die sich eines guten Besuches erfreute. Kulturobersekretär Nebel hielt einen Vortrag über die derzeitige Lage der Beamten- und Beamtengewerkschaftsbewegung. Zum Schluß wurde folgende Entschließung einstimmig gefaßt: „Die Ortsgruppe Merseburg erhebt auf das entschiedenste Einspruch gegen den Referentenentwurf über die Beamtenvertretungen und lehnt ihn als Vergewaltigung der Beamtenschaft unbedingt ab. Sie verlangt vom Verband, daß er sich energisch und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzt, daß den Beamtenvertretungen ein Mitbestimmungsrecht zugestanden wird, wie es den Betriebsräten durch das Reichsgesetz vom 4. Februar 1920 gewährleistet worden ist."

** **Liederabend** (93. Bildungsabend) im Schloßgartensalon, Montag den 27. September, abends 8 Uhr. Frau Charlotte Bothe wird Lieder von Robert Franz singen. Die Klavierbegleitung hat Lehrer Fritz Busch übernommen. Den einleitenden Vortrag hält Professor Bithorn. Die Lieder sind so gruppiert: 1. Natur: a) Tageszeiten — Wald — (Lieder von Eichendorff, Roquette), b) Jahreszeiten (Geibel, Lenau, Bodenstedt); 2. Menschenleben: a) Der Liebe Leid (Hemans, Eichendorff, Wolfg. Müller), Der Liebe Lust (Rückert, Geibel, Wolfgang, Schröer). Es wird mit großer Freude begrüßt, daß auch Robert Franz auf unseren Bildungsabenden einmal zur Geltung kommt. — Nummeriete Liedertexte, die zum Eintritt berechtigen, sind im Herzog Christian zu haben (siehe Anzeige).

*

Polizeihund-Prüfung.

Der Verein für deutsche Schäferhunde, Sitz München, Ortsgruppe Merseburg und Umgegend, wird am 18. und 19. September dieses Jahres, und zwar am 18. September eine Jugend-Veranlagungsprüfung ihrer Junghunde und am 19. September eine Polizeihund-(Dressur) Prüfung von fertig ausgebildeten Schäferhunden veranstalten. Bei dem heutigen Bedürfnis, sagen wir, beinahe der Notwendigkeit jedes einzelnen, seine Person und sein Eigentum gegen gewalttätige Übergriffe zu schützen, wird jedem Besucher der Polizeihund-Prüfung so recht die Nützlichkeit und Notwendigkeit eines gut ausgebildeten Schäferhundes vor Augen geführt werden. Außerdem ist für jeden Kenner wesentlich, unsere schönen deutschen Schäferhunde beobachten zu können, mit welcher Fertigkeit, Lust und Liebe zur Sache jeder einzelne Hund arbeitet und den gegebenen Befehlen seines Führers nachkommt.

Die Jugend-Veranlagungs-Prüfung ist mehr eine interne Sache der Vereinsmitglieder. Die Polizeihund- (Dressur) Prüfung dagegen soll uns den fertigen, gebrauchsfähigen Schäferhund in allen Stunden und Vorkommnissen bei Gefahren, Unglücksfällen, Diebstählen und Mordtaten pp. zeigen. Im Interesse der Allgemeinheit, der Polizei- und Gendarmeriebeamten sowie der Behörden und einzelnen Besitzern von Schäferhunden ist diese Polizeihund-Prüfung mit Genugtuung zu begrüßen und wäre zu wünschen, daß der Verein die nötige tatkräftige Unterstützung aller sich hier interessierenden Behörden, Korporationen und Hundeliebhaber fände.

Beteiligt sind bei der Polizeihund-Prüfung außer Hunden der Ortsgruppe Merseburg auch Hunde von Berlin, Chemnitz, Leipzig usw. Sie verspricht daher, sehr interessant zu werden. Wir wünschen der Vereinsleitung zu diesem Tage rege Beteiligung seitens des Publikums und schönes passendes Wetter. Die Besucher der Polizeihund-Prüfung werden gebeten, keine Hunde mit auf den Platz zu bringen und sich völlig den Anordnung der durch farbige Rosetten kenntlichen Ordner des Vereins und der sonstigen Polizei- und Gendarmerie unterzuordnen, damit Unglücksfälle vermieden werden. Die Jugend-Veranlagungsprüfung beginnt Sonnabend den 18. September 3 Uhr nachmittags, die Polizeihund-Prüfung Sonntag den 19. September 8 Uhr morgens.

*

Das Amtsblatt der Kreisverwaltung,

das der heutigen Ausgabe des Merseburger Korrespondenten beigelegt ist, bringt wieder eine Reihe wichtiger beachtenswerter Bekanntmachungen, u. a. Anordnung betr. das Verbot der Ausfuhr von Pferden aus der Provinz Sachsen, Aufhebung des Ausfuhrverbotes für Hülsenfrüchte und Buchweizen, Bekanntmachung zur Durchführung der Waffenabgabe, viehseuchenpolizeiliche Anordnungen wegen der Maul- und Klauenseuche, Bestätigung von Gemeindevorsteher- und Schöffenwahlen, Bekanntmachung betr. Aufhebung der öffentlichen Kartoffelbewirtschaftung und Bekanntmachung betr. Textilnotstandsversorgung.

Die Erneuerung des Postbezuges für das letzte Vierteljahr

soll nach einer Verfügung des Reichspostministeriums in der Zeit vom 15. bis 20. September stattfinden. Damit die pünktliche Zustellung unseres Korrespondenten keine Unterbrechung erfährt und die ordnungsmäßige Bearbeitung durch die Postanstalten ermöglicht werden kann, bitten wir sämtliche Postbezieher in ihrem eigenen Interesse, die Bestellung nicht am letzten Tage zu erledigen, sondern sofort beim zuständigen Postamt vorzunehmen.

Vier Regeln zur Ersparung von Leuchtgas.

Schränke die Gasbeleuchtung soweit ein, daß nur in dem tatsächlich benützten Zimmer Licht brennt.

Ersetze große Brenner durch kleinere und benutze nur heile, durchsichtige Zylinder und Schirme. Matte Glassachen nehmen Licht weg.

Verwende keine beschädigten Glühkörper. Sie verrußen den Brenner und beschädigen den Zylinder.

Regle die Luftzufuhr am Brenner. Bei dem zurzeit gebräuchlichen Gas wird es sich meist um eine erhebliche Verringerung der Luftzufuhr handeln, die man am besten durch Überwinden von Papiermanschetten über den Luftspalt erreicht.

*

Ein Vorschlag zur Vermeidung von Steuerhinterziehungen.

In der hessischen Kammer hat der sozialistische Landtagsabgeordnete Lang einen dringlichen Antrag gegen die Steuerhinterziehung eingereicht, nach welchem die Regierung bei der Reichsregierung verlangen soll, daß sofort andere Zahlungsmittel geschaffen und das bisherige Geld eingezogen wird. Nicht abgelieferte Gelder sollen für wertlos erklärt werden, auch das deutsche Geld im Auslande. Der Antrag bezweckt, die Kriegsgewinnler, Schieber und Wucherer zur Besteuerung heranzuziehen, da, wie begründend gesagt wird, die meisten ihr Geld ins Ausland verschleppt oder zu Hause verschlossen hielten.

*

Deutsche demokratische Partei.

Der Ortsverein Merseburg der Deutschen demokratischen Partei veranstaltet am Donnerstag abend im Gasthof zur grünen Linde einen Vortragsabend, wo Geschäftsführer Dr. Rademacher über das Reichsnotopfer und sonstige Steuerfragen sprechen wird. Bei der Notwendigkeit, nach Möglichkeit durch praktische Beispiele die Ausfüllung der Steuererklärung zum Reichsnotopfer erleichtern zu helfen, machen wir die Interessenten auf diesen Abend besonders aufmerksam.

Frecher Raubüberfall in Bündorf.

Bündorf, 15. Sept. In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist auf den Gemeindevorsteher Seibicke hier ein frecher Raubüberfall verübt worden. Begünstigt durch die ländliche Unsitte, die Grundstücke nicht abzuschließen, drangen kurz nach Mitternacht zwei maskierte Männer in das Gehöft ein, schlichen sich in die Schlafstube des Gemeindevorstehers und machten hier Licht. Der Überfallene war wehrlos und wurde unter Vorhalten von Revolvern gezwungen aufzustehen und den Geldschrank aufzuschließen. Den darin liegenden Barbetrag von 1400 Mark nahmen die Räuber an sich, forderten dann den Gemeindevorsteher auf, den Schrank wieder zuzuschließen und sich ins Bett zu legen. S. mußte alles ausführen, worauf die Räuber das Licht wieder löschten und verschwanden. Sofort aufgenommene Nachforschungen blieben ergebnislos. Anscheinend handelt es sich um dieselben Raubgesellen, die vor einiger Zeit in einem Grunddorf einen ähnlichen Raubüberfall auf einen Landwirt verübten, wo ihnen über 4000 ℳ in die Hände fielen.

§ **Lauchstedt**, 14. Sept. Langfinger haben in der Nacht zum Freitag beim Gutsbesitzer Zanke-Schotterey zwei Hammel gestohlen und in der Nähe des Ortes an der Straße nach Teutschenthal abgeschlachtet. Die Felle wurden dortselbst aufgefunden.

§ **Corbetha**, 14. Sept. Sonntag nachmittag sprach Abgeordneter Delius in Wengelsdorf in einer öffentlichen Versammlung des Deutsch-demokratischen Vereins über „Demokratie und Vaterland." Der Redner verurteilte die Gehässigkeit im Wahlkampfe und schilderte, wie der Versailler Friedensvertrag in unser Wirtschaftsleben eingreift. Nur ein einiges Deutschland sei imstande, die ungeheure Last des verlorenen Krieges zu tragen. In beherzigenswerter Weise trat Abg. Delius für die Oberschlesier ein und ermahnte alle, unsere deutschen Brüder mit allen Mitteln zu unterstützen, da bei dem Verluste Oberschlesiens ein Wiederaufbau Deutschlands unmöglich ist. Dann gab der Redner noch Aufschluß über seine Stellung zu den verschiedensten Beamtenfragen. Er wandte sich gegen das Wucherer- und Schieberunwesen, das wir nur bekämpfen können, wenn jeder Einzelne dabei mithelfe und dieses nicht etwa noch unterstütze. Weiter sprach er über die soziale Wirkung der neuen Steuergesetze und betonte das Eintreten der Deutschen demokratischen Partei für die Schonung der kleinen Vermögen und des Betriebskapitals, ferner für Bewilligung langer Zahlungsfristen bei Landwirtschaft und kleinen Rentnern. Abg. Delius betonte die Notwendigkeit des Steuerabzuges und erläuterte hierbei eingehend die finanzielle Lage unseres Staates. Der Redner schilderte die schwierigen Verhältnisse unseres Vaterlandes, es schiene unmöglich, vorwärts zu kommen, wenn unsere Gegner kein Einsehen hätten. Er führte aus: Liege auch die Zukunft beinahe trostlos vor uns, so wollen wir nicht etwa die Hände in den Schoß legen und denken, es nützt uns doch nichts, sondern jeder muß an seinem Platze seine Pflicht tun, um unser Vaterland trotz allledem wieder empor zu bringen. Mit dieser Mahnung schloß Abg. Delius seine Ausführungen. Reicher Beifall wurde ihm zuteil, der bewies, daß er allen aus dem Herzen gesprochen hatte.

Turnen — Spiel — Sport.

Amtliche Mitteilung des Ausschusses für die Jugend des Saalegaues im V. M. B. V.

Infolge von Spielverlegungen war es noch nicht möglich, den Vereinen die Terminlisten zuzustellen, daher geben wir nachfolgend den Spielplan für den 18. und 19. September bekannt:

18. September 1920.

Klasse II.	Klasse III.
4,00: 96IIa—Vor.II. (98.)	4,00: 98III—96III. (Vor.)
4,00: Wack.II—98II. (96.)	
4,00: V.f.L.-M.II—96IIb. (Hoh.)	

19. September 1920.
Gruppe IV (Jugend).

Klasse Ia.	Klasse Ib.
10,30: 96Ia—Vor.I. (Sportfr.)	10,30: Amm.I—Hoh.I. (Pr.-M.)
10,30: 98I—Sportfr.I. (Wack.)	10,30: Pr.-M.I—Rdbg.I. (V.f.L.)
10,30: Wack.I—Fav.I. (96.)	10,30: Kom.I—G.Tv.I. (Rdbg.)
10,30: V.f.L.-M.—96Ib. (Hoh.)	10,30: Sp.V.N.I—Röss.I. (Kom.)

Klasse II.	Klasse III.
10,30: Vor.II—96IIa. (Wack.)	9,00: Vor.III—96IIIa. (Wack.)
10,30: Sportfr.II—98II. (96.)	9,00: 98III—Wack.III. (96.)
10,30: Hoh.II—Wa.II. (V.f.L.-M.)	

Gruppe V (Knaben).

Klasse Ia.	Klasse Ib.
9,30: 96I—Vor.I. (Fav.)	10,30: Pr.-H.Ia—Kom. (Ol.)
9,30: Wack.I—Fav.I. (Vor.)	10,30: JahnI—G.Tv.I. (Pr.-H.)
	10,30: Ol.I—Pr.-H.Ib. (G.Tv.)

Die Spiele auf dem Platze des V. f. L. 96 am 19. September finden nicht statt, da 96 den Platz zu dem Hockey-Turnier benötigt. Das Alter der Jugend ist erhöht, und zwar sind diejenigen Jugendspieler, welche nach dem 31. Dezember 1902 geboren sind, berechtigt, an den Spielen teilzunehmen. Das Knabenalter bleibt bestehen und sind diejenigen, welche nach dem 30. Juni 1906 geboren sind, spielberechtigt. Die Stammannschaften sind unter Berücksichtigung der Altersgrenzen bestimmt bis zum Sonnabend den 18. September dem Schriftführer Herrn Otto Kühn, Halle a. S., Geiststraße 18, einzureichen.

Indem wir hoffen, daß wir eine glatte Abwickelung der Herbstserie für die Jugend und Knaben zustande bringen, bitten wir sämtliche Vereine um die weitgehendste Unterstützung,s o daß die Herbstserie vor Beginn der kalten Jahreszeit erledigt ist. Perlitz, Obmann.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **Vor dem Münchener Volksgericht fand am Dienstag wiederum ein Hochverratsprozeß statt und zwar gegen den 18jährigen Kommunisten Detterbeck, bei dem vor kurzem eine Liste gefunden worden war, die Namen von Mitgliedern der Reichswehr, Einwohnerwehr und Sicherheitspolizei enthielt, von denen einzelne durch ein Kreuz besonders gekennzeichnet waren. Die Erhebungen ergaben, daß die gekennzeichneten Personen bei Gelegenheit eines neuen Linksputsches in Haft genommen werden sollten. Das Gericht verurteilte über den Antrag des Staatsanwaltes hinaus den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von 1½ Jahren.**

Vermischte Nachrichten.

* **Felseneinsturz auf der Insel Möen.** Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, erfolgte in der Nacht zum Sonntag bei Liselned auf der dänischen Insel Möen (Ostsee) ein Felseneinsturz, durch den der bekannte Abschnitt mit der „Nonnenbank" und der „Baronessenbank" ins Meer sank. Er bildet jetzt eine Halbinsel von 2½ Hektar. Die Ursache des Einsturzes erblickt man in einer Unterminierung der Kalkfelsen durch unterirdische Quellen.

* **Großfeuer im Hamburger Hafen.** Montag abend kurz nach 7 Uhr entstand auf bisher unaufgeklärte Weise in den Deutschen Kohlen- und Kokswerken am Indiakai ein Feuer, das in kurzer Zeit eine gewaltige Ausdehnung annahm. Der Schaden wird auf anderthalb Millionen geschätzt. Es scheint Brandstiftung vorzuliegen.

* **Mord und Selbstmord einer Wahnsinnigen.** Wie aus Würzburg gemeldet wird, hat die Dienstmagd Kump in einem Wahnsinnsanfall die fünfzigjährige Haushälterin Grünewald ermordet und sich selbst durch Gas vergiftet. Die Leiche der Ermordeten wurde in einem Sack eingenäht aufgefunden.

* **Bombenexplosion im Konzertsaale.** Nach einer Havasmeldung aus Barcelona ist dort während eines Konzerts eine Bombe, die unter einen Sessel gelegt worden war, explodiert. Es wurden 18 Personen verletzt, von denen zwei gestorben sind.

* **Straßenbahnerausstand in Stettin.** Stettin ist schon seit einer Woche ohne Straßenbahn, da sich die Straßenbahner im Ausstand befinden. Auch der Transportarbeiterstreik dauert noch an. Wie in der letzten Stadtverordnetensitzung festgestellt wurde, sind durch den Streik der Kohlenarbeiter, die dem Transportarbeiterverband angeschlossen sind, allein an Hausbrandkohle mehr als 200 000 Zentner für Stettin verloren, da die Waggons von hier aus nach anderen Orten geleitet werden mußten.

* **Dreißig Menschen durch eine Dynamit-Explosion getötet.** Die „Times" meldet aus Lima: 6000 an Bord von Schiffen in der Bucht von Callao befindliche Kisten mit Dynamit sind infolge unvorsichtiger Behandlung explodiert. 30 Personen wurden getötet und mehrere Hundert verletzt. Die Eisenbahnanlagen im Hafen wurden ernstlich beschädigt.

* **Autounglück.** Auf der Landstraße von Rengsdorf nach Oberbieber bei Neuwied fuhr ein mit fünf amerikanischen Soldaten besetztes Auto gegen einen Baum. Zwei Soldaten wurden bei dem Zusammenprall getötet und einer schwer verletzt.

* **Ein schweres Explosionsunglück** ereignete sich Dienstag mittag in der Maikäferkaserne in der Chausseestraße in Berlin. Dort waren beim Waffenmeister eine Anzahl Handgranaten abgegeben worden, mit deren Sortieren der 27 Jahre alte Wachtmeister der Sicherheitspolizei Viktor FelixLippa und der 23 Jahre alte Unterwachtmeister Albert Hermann Stenzel in einem Nebenzimmer beschäftigt waren. Plötzlich ertönte aus dem Zimmer eine Detonation, zahlreiche Fensterscheiben wurden zertrümmert und das Zimmer zum Teil demoliert. Als Beamte in den Raum eindrangen, fanden sie Lippa tot am Boden liegen. Neben ihm lag schwer verwundet Stenzel, der nach Anlegung von Notverbänden nach dem Krankenhaus geschafft wurde. Beim Sortieren war eine Handgranate explodiert, aus welchen Ursachen, konnte noch nicht festgestellt werden.

* **Auffallender Selbstmord.** Die Geliebte des Prinz, die Tänzerin Hildegard Plaumann, auf deren Zeugnis hin Prinz am Dienstag in der Scheidemannschen Verleumdungsaffäre verhaftet wurde, beging laut „Vorwärts" im Kokainrausch Selbstmord. Heute sollte sie Prinz gegenübergestellt werden.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200915-18/fragment/page=0003

Ata

reinigt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, — Glas, Stein, Marmor usw. —

Bestes Scheuerpulver
für Haushalt, Gewerbe u. Industrie.

Vorzüglicher Herdputz.
Ueberall erhältlich.

Henkel & Cie., Düsseldorf.
Fabrikanten von „Sil“ u Henkel's Bleich-Soda.

Laut Verfügung des Reichswehrministeriums Nr. 948 6. 20 P. A. v. 15. 6. 20 **dürfen nach dem 1. 10. 20** (außer an nach dem 31. 7. 19 zurückgekehrte Kriegsgefangene) **E. K. I. und II. Klasse nicht mehr verliehen werden.**

Später eingehende Anträge auf Verleihung eines E. K. I. und II. Kl. und auf Nachprüfung abschlägiger Bescheide müssen zurückgewiesen werden, da das Reichswehrministerium als letzten Termin den 1. 10. 20 bestimmt hat.

Abwickelungsamt IV. A.-K.
Abteilung IIa.

Freiwill. Versteigerung.

Sonnabend, den 18. d. M., von ½10 Uhr vorm. an, werde ich im „Thüringer Hof“ hier folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern, als:

1 Piano (Ritter), 1 Mahagoni-Bettisch mit Marmorplatte, 1 Nußbaum-Waschtisch mit Marmorplatte, 1 Nußbaum-Spiegelschrank, Nußbaum-Damen-Frisiertoilette, 1 großer Stahltisch, 1 Plüschsofa, 6 gepolsterte Plüschstühle, 1 ov. Tisch, 1 Schrank, 1 Teppich, 1 Ziehlampe, 2 Spiegel mit Konsole und Marmorplatte (davon einer mit 2½ m hoher Spiegelscheibe im Werte von 1500 Mk.), versch. Bilder, div. hölz. und eis. Bettstellen m. Matratze 1 Kommode, mehrere Stühle, 1 Chaiselongue, 1 Regulierofen, 1 Schneidernähmaschine, 1 Schneiderpuppe, 1 Badewanne, 1 Kindernähmaschine, 2 Taschenuhren, 1 Gaslampe, 1 Fahrrad (Doppelsitzer), div. Kleidungsstücke, Bettbezüge, Kissen und Gardinen, zirka 10 m lange Treppenläufer sowie versch. andere Wirtschaftsgegenstände. **Besichtigung 1 Stde. vorher.** **Alb. Franke,** beeid. Auktionator.

Ia. Fahrräder

zu Ausnahmepreisen

Gummibereifungen in ganz vorzüglicher Qualität

Carbidlampen jeder Art · **Ersatzteile** · **Carbid**

empfiehlt

Max Schneider, Merseburg
Schmale Str. 14 · Teleph. 479

Bekanntmachung.

Unseren Herren Rübenlieferanten geben wir bekannt, daß die diesjährige Rübenkampagne am

Donnerstag, 30. September 1920

beginnt. Unsere Rübenabnahmestellen werden am 20. d. M. eröffnet.

Die Rübengeld-Nachzahlungen fürs letzte Jahr erfolgen in den nächsten Tagen durch die Post.

Zuckerfabrik Körbisdorf A.-G.

Schützen Sie
Ihr
Saatgut

gegen Steinbrand des Weizens, Streifenkrankheit der Gerste, sowie Vogelfraß — durch —

Corbin!

Allein-Verkauf:
Eduard Klauß,
Windberg 3.

**Mustöpfe
Fleischtöpfe
Gurkentöpfe
Milchtöpfe
Kochtöpfe**

empfiehlt die Handlung für keramische Erzeugnisse:
Albert Junge, Merseburg,
Schmale Straße 11.

Achtung! 2 Achtung!
große Transporte ☞ starker

Gebirgs-Leiterwagen und Ersatzräder!

Holz- und Spielwaren-Geschäft
Fr. Bönisch, Johannisstraße.

Jeden Posten
alte Zeitungen
kauft auf
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent“.

In Friedensqualität:

gar. reiner Leinölfirnis	½ kg	Mk.	15.—
gar. reines Bleiweiß in Oel	„ „	„	7.50
Ia Fußbodenlack	„ „	„	16.—
Ia Möbellack	„ „	„	18.—
Emaille-Weißlack Ia	„ „	„	20.—
„ „ für innen	„ „	„	16.—
Siccativ, fein, hell	„ „	„	13.—
Stauböl für Fußböden	„ „	„	5.—

Streichfertige Farben auf Wunsch, billigst, empfehlen

Fritz u. Hermann Dietrich
Friedrichstraße 16—18 Telefon 173

+ Frauen +

lassen sich nicht täuschen durch so oft angebotene meist wertlose Präparate. Bestellen Sie bei **Regelstörung, Stockung** nur meine auch in verzweifelten Fällen erprobten wirksamen Mittel. Sie werden überrascht und mir dankbar sein. Diskr. Vers. **mit Garantie, vollk.** unschädlich, andernfalls Geld zur. **Wirkung in 2 Tagen.** Täglich Dankschreiben über schnelle und sichere Wirkung.

Fr. A. Lemke, Hamburg 332,
Grindelallee 149, I.

+ Frauen +

Schenken Sie mir nur ein einziges Mal volles Vertrauen, wenn die **monatliche** Regel ausbleibt. Meine durch viele Dankschr. anerkannt guten Mittel sind von schneller, überraschender Wirkung; vielfach schon am nächsten Tage. — Vollk. unschädlich (behördlich geprüft) mit Garantieschein, sonst Geld zurück. Diskr. Versand. **C. Ahmling, Hamburg 145,** Hühnerposten 121

Geldschränke, Kassetten Mauerschränke sof. liefb. Preisl. ums. H.&F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

B. C. Preussen E. V.
/ Merseburg /

Die Uebungstage auf unserem eigenen Sportplatze
sind für unsere Abteilungen wie folgt festgesetzt:

Montag: Damen-Abteilung.
Dienstag: Herren-Abteilung (Fußball).
Mittwoch: Faustball.
Donnerstag: Leichtathletik.
Freitag: Jugend-Abteilung (Fußball).
Sonnabend: Knaben-Abteilung (Fußball).

Hilfe

in den meist. Fäll. b. Rheuma, Influenza, Lungenkatarrh, Asthma, Husten, Nerven-, Herz-, Frauen-, Magenleiden, Hautjucken durch Dampf-, Licht-, Fichtennadel-, Moor-, kohlensaure Bäder, Rot- u. Blaulichtbestrahlung, Massage.

Johannisbad,
Johannisstr. 10, 1 Min. v. Markt

Läuse- vertilgen Sie in 1 Stunde unter Garantieschein jede **Plage**
u. Flöhe, Brut (Nissen) b. Mensch und Tier m. pat. gesch. Mittel **„Eckolda“.** Für Wunden unschädlich. — Verkauf in Merseburg bei **Fr. Freygang,** Große Ritterstraße 7.

Auf sämtliche Vorräte

Blechwaren
Aluminium
Emaille

trotz der niedrig gestellten Preise

10 % Rabatt,

welche beim Verkauf in Abzug gebracht werden.

Paul Ehlert Nfg.

Entenplan 11.

Mein Gardinentüll

Zellstoffgewebe, **Meter 2 Mk.,** mit bunter Kante **Meter 3 Mk.,** ersetzt vollständig die : teuren Gardinen. :
Versand gegen Nachnahme.
Bock, Halle a. S., Krausenstraße 11 I.

Hüte

zum **Modernisieren** und **Garnieren** sowie **Umpressen** nimmt an
Tiefer Keller 4. pt.

Pferde

zum Schlachten
kauft
Arthur Hoffmann,
Brühl 6,
Roßschlächterei,
Fernruf Nr. 264.
Inhaber der Erlaubnis zum Ankauf v. Schlachtepferden.

Spiralbohrer, Gewindebohrer, Reibahlen (neu)
in allen Größen zu kaufen gesucht.
Otto Knorr, Halle/Saale, Schillerstraße 35.

Ausgekämmtes
Damenhaar
kauft höchstzahlend
Alfr. Kluge, Bahnhofstr. 8a

Kleine Anzeigen

finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent“.

A. O. André
Halle a. S.
Wörmlitzer Strasse 12
Fernruf 1193
Wein- und Feinkost-Versandhaus

Seit kurzem versende ich meine herrlichen
Halloren-Würstchen
(in Dosen konserviert) nach Halberstädter Art wieder und kann ich Ihnen darin viel bieten. Verlangen Sie bitte sofort Preisliste.

Fabrikbesitzerssohn,
23 J. a., verm., angen. Äußere, wünscht die **Bekanntschaft einer** geb. jg. **Dame** aus bürgerl. Fam. zw. spät. Heirat. Ang. m. Bild, w. u. str. Diskr. sofort zurückfolgt, unter 2138 an die Exp. d. Bl.

Heirat.

Bäcker, 30 Jahre alt, sucht die Bekanntschaft eines jungen Mädchens, auch junge Witwe mit etwas Vermög. zwecks bald. Heirat. Angebote wenn möglichst mit Bild unter 2104 an die Exped. d. Bl.

Viele vermög. Damen wünschen sich bald glücklich zu verheiraten. Herren, wenn auch ohne Vermög., erhalten sofort Auskunft durch **„Union“ Berlin, Postamt 37.**

Beff. nett. jg. Mädchen, 18 J., sucht die ☞ **Bekanntschaft** ☜ aufrichtiger lustig. **Freundin.** Ang. unt. 2128 a. d. Exp. d. Bl.

Nichttänzer,

22 J. a., **sucht Bekanntschaft hübscher junger Dame** von 17—20 J. Angebote nur mit Bild, welches sofort zurückgesandt wird, unter **2117** in der Exp. dss. Blattes niederlegen. Verschwiegenheit ehrenwörtlich zugesagt. Anonym zwecklos.

Anständ. bessere Witwe
wünscht sich wieder zu verheiraten mit Vierzigjährigem. Ang. unt. 2130 an die Exp. d. Bl.

Kaufm. Beamter
eines Geiseltalwerkes wünscht mit Herrn oder Dame zwecks **englisch. Konversation** in Verkehr zu treten. Angebote unter 2139 an die Exped. d. Bl.

Tägl. bis **25 M.** zu verdienen. Näh. im Prosp. Joh. H. Schultz, Adressenverlag Cöln 785

Jung. Kaufmann,
als **Reisender** geeignet, sofort gesucht. — Angebote unter 2132 an die Expedition d. Bl.

Junger Mann, aus besserer Familie, welcher Lust hat, als **Laborant** zu lernen, wird eingestellt.
Paul Marckscheffel & Co.

Anst., ehrl., zuverlässiges
Mädchen,
nicht unter 18 Jahren, welches schon in Stellung war, zum 1. Oktober gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Aufwartung
f. vorm. ges. Preußerstr. 13.

Hund (gelb, weiß) **zugelaufen**
Gegen Kosten abzuholen
Kötzschen 68d, 1 Tr.

Deutsche demokrat. Partei
Kreisverein Merseburg.

Am Donnerstag, den 16. d. M., abends 8 Uhr, findet im Saale „Zur grünen Linde“ eine **Mitglieder-Versammlung** statt.

Geschäftsführer **Dr. Rademacher, Halle,** spricht über das

Reichsnotopfer und **Steuerfragen.**

Alle Mitglieder und Parteifreunde werden zu dieser Versammlung eingeladen. **Der Vorstand.**

Schützengesellschaft Ammendorf 1905
E. V.

Sonntag, den 19., und Montag, den 20. September, von 2 Uhr ab im ☞ „Schützenhause“: ☜

Gr. Preis- u. Königsschießen

Im Saale:

Großer Ball!

Wozu freundlichst einladen
Der Vorstand. **Der Wirt.**

Karussell- u. Schießbuden-Belustigung!

Evangelischer Volksabend.

Sonntag, den 19. September, abends 8 Uhr **im Dom.**
1. Einzelgesänge (Frau Bothe und Lyzealdirektor Seele);
2. Chöre (Bachverein und Domchor);
3. Orgel (Domorg. Schumann).

Ansprache:
Gott und die Gegenwart.
(Professor Bithorn.)

Am Ausgang werden Gaben für Oberschlesien erbeten.

Tanzstunde Leuna.

Gasthof „Zum heitern Blick“.
☞ Nächste Tanz-Unterrichtsabende ☜ u. Schüleraufnahme Montag u. Donnerstag abends ½8 Uhr.
Mit Hochachtung
G. Töppner und Frau,
Lehrer der Tanzkunst, Leipzig.

---

93. Bildungsabend.

Montag, den 27. September, abends 8 Uhr im Schloßgarten-Salon

Lieder-Abend!

Lieder von **Robert Franz.** Gesungen von **Frau Charlotte Bothe.** Klavierbegleitung von **Herrn Fritz Busch.** Einleitender Vortrag von **Herrn Professor Bithorn.** Flügel Steinway & Sons aus der Klavierhandlung des Herrn B. Döll, Halle a. S.

Numerierte Liedertexte, die zum Eintritt berechtigen, zu 3 M. und 2 M. im „Herzog Christian“.

Die Leitung der Bildungsabende.

**Quittungsbücher
für Miete, Zinsen, Pacht**
hält vorrätig
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent“.

Alte Herren- u. Damen-Filzhüte werden neu
in moderne Formen umgepreßt, gereinigt und gefärbt.
Annahmestelle:
Frau Schulze, Friedrichstr. 30.
Hutpresserei Böker & Schulze.

Walhalla-Lichtspiel-Theater
Halle a. Saale
Ab 17. September:

JUDEX

Kriminal-Film in 26 Akten, 6 Abteilungen, fortlaufend, jede Woche 1 Abteilung
Daneben erstklassiges Beiprogramm

Schlager!

☞ **Händler und Hausierer gesucht** für **Kernseifenpulver „Kraft“** (konkurrenzlos, Friedensware) in Pfund-Paketen. Bin zu sprechen **Donnerstag, den 16. September, 11 bis 5 Uhr** im Hotel „Zur gold. Sonne“. **Kurt Philippson.**

Drucksachen jeder Art

für Geschäfts- und Privatbedarf sowie Broschüren, Formulare, Zeitschriften, Kontobücher usw. liefert bei billigster Preisstellung in moderner u. geschmackvoller Ausführung

Buch- und Akzidenz-Druckerei
Th. Rössner, Merseburg S.
Kleine Ritterstrasse 3

Setzmaschinen-Betrieb Eigene Buchbinderei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200915-18/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 207. Mittwoch den 15. September 1920. 47. Jahrg.

Möglichkeiten der Stunde.

Die Andacht in den unabhängigen Versammlungen ist durch einen Mißton gestört. So töricht es war: eine heilige Begeisterung, eine inbrünstige Hoffnung, eine kindliche Gläubigkeit lebte doch in den Tausenden von Arbeiteraugen, die an den routinierten Verkündern der eintönig formelhaften linksradikalen Heilslehre hingen. Man meinte manchmal in ferne Jahrhunderte, in fremde Erdteile entrückt zu sein: ein schlauer, berechnender Priester verkündetete einen seltsamen Kult, und alle jubelten ihm zu. Ein Zauberwort wirkte, in seiner tieferen Bedeutung so wenig erfaßt wie alle Zauberformeln: Diktatur des Proletariats! Es hätte auch anders laufen können. Aber in den letzten beiden Jahren konzentrierte sich in ihm alle Sehnsucht einer im tiefsten wurzellosen Klasse.

Nun kamen die Führer von Moskau zurück. Viele sind enttäuscht, denn ihre Priesterwürde steht in Gefahr. Und sie sprechen in kalten und harten Worten von dem Wunderland und suchen die Illusion zu zerstören. Weicht der Bann? Nicht bei allen! Denn das Menschenherz hängt an seinem Glauben mehr als am Leben. Aber der Zweifel wird sich doch bei vielen einnisten. Ist die Stunde gekommen, in der die vertriebene Menschenkraft der Vernunft, der ruhigen Überlegung, auch bei ihnen wieder in ihre Rechte eingesetzt werden soll?

Die Gläubigen der unabhängigen Sozialdemokratie haben in den Zeiten ihres wirklichkeitsfremden Träumens viel zu denken versäumt. Die Nachrichten aus Rußland hätten sie, wenn ihnen nicht die Mystik ihre Lehre die Sinne verwirrt hätte, längst nachdenklich stimmen sollen. Wir leben in einer Zeit, in der die Verwirklichung des Sozialismus mindestens überall zu ernsthafter Diskussion steht. Für die Arbeiter hängt alles davon ab, daß ihre Gedanken Werbekraft besitzen. Die radikalen Sozialisten haben sich und die ganze sozialistische Lehre unsagbar bloßgestellt. Sie hätten auf die Gegengründe eingehen, die praktischen Erfahrungen in Rußland und in der deutschen Sozialpolitik berücksichtigen, ihre Doktrin fortbilden und die Verwirklichungsmöglichkeit ihrer Ansichten dauernd erweisen müssen. Einige kluge Mehrheitssozialisten haben in dieser Richtung beachtenswerte Ansätze gemacht; doch bleischwer hing auch an dem Flug ihrer Gedanken das Gewicht der orthodox-marxistischen Agitation. So dient man nicht einer Bewegung, die nicht mehr zur Parteibildung führen, sondern die Welt erobern soll.

Es ist sehr einfach und gedanklich nicht kostspielig, den Haß gegen den „Bourgeois“ ohne jede Variation zu predigen. Warum berücksichtigte man die Erfahrungen, die Lenin mit seinem Kampf gegen die Bourgeoisie schon im ersten Jahre seiner Herrschaft gemacht hatte, in keiner Weise, obwohl sie aus den Schriften der bolschewistischen Führer selbst zu ersehen waren? Warum identifizierte man immer noch Bourgeoisie und kapitalistische Klasse, obwohl die sozialen Wandlungen und die Verarmung des gebildeten Mittelstandes offenkundig waren? Wer sich einmal als ehrlich Suchender, ohne im Nebel der Heilslehre zu stehen, in eine linksradikale Versammlung verirrte, ging bald, sei's in müder Enttäuschung, sei's in grenzenloser Verachtung dieses weltfremden Festhaltens an veralteten Erkenntnissen, seiner Wege. Der Arbeiter hätte sich fragen müssen, welchen Eindruck es auf jeden vernünftigen Menschen machen muß, wenn Führer die Herrschaft über Deutschland erstreben, deren Sprach- und Denkschatz sich auf einige abgedroschene Phrasen beschränkt. So kommt man in einem Lande mit einer starkgefügten, obwohl nicht durchaus kapitalistisch interessierten bürgerlichen Mehrheit weder parlamentarisch noch terroristisch jemals zum Ziel.

Die Arbeiterschaft unterschätzt immer noch die Schwierigkeiten einer zweiten Revolution trotz aller bitteren Putscherfahrungen. Im November 1918 genoß die Sozialdemokratie ein großes Ansehen in allen Kreisen, gerade weil sie jahrzehntelang so ernsthaft bekämpft worden war. Inzwischen hat der Sozialismus, weil der entschlossenste Teil seiner Anhängerschaft vernünftigen Überlegungen abgewandt war, im Kampf der Geister schlecht bestanden und sehr an Achtung verloren. Es hilft nichts: gedanklich ist der Sozialismus versumpft. Und das dumpfe, doch etwas theatermäßige Grollen der Massen wird von der inzwischen ebenfalls machtpolitisch organisierten Gegnerschaft kaum mehr beachtet.

Wer siegen will, tut gut daran, die letzten strategischen Erfahrungen genau zu studieren und, wenn es not tut, den Feldzugsplan zu ändern. Rußland kämpft erstmals den gewaltigen Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus. Atemlos sollten die deutschen Sozialisten jede Etappe dieses Kampfes verfolgen, um jeweils ihre Taktik den neuesten Erfahrungen gemäß zu ändern. Sowjetrußland hat sich im Kampfe zwar nicht mit den einheimischen Kapitalisten, aber mit zwei anderen bürgerlichen Klassen, den Sachverständigen und den Bauern, verständigt. Gibt das nicht zu denken?

Die Kampfansage der Arbeiterschaft an die gesamte bürgerliche Klasse ist eine sinnlose und nutzlose Überhebung. Die Führer, die in der heute ungleich schwierigeren Lage das Beste für ihre Klasse erzielen sollen, sind so gut zur Korrektur des alten marxistischen Feldzugsplans berechtigt, wie irgendein militärischer Führer in der Schlacht veraltete papierne Befehle mißachten darf.

Wachen die Arbeiter heute auf aus den phantastischen Illusionen? Zerstiebt der allzulange geträumte Traum der Diktatur? Dann mögen sie in dieser kritischen Stunde kühle Rechner werden. Was hat es für einen Zweck, sich mit der Feindschaft des ganzen Bürgertums zu beladen, nur weil Marx und seine Schüler höchst unvollkommene Vorstellungen über die soziale Gliederung des deutschen Volks im 20. Jahrhundert besaßen? So gefährdet man nur den Erfolg der eigenen Bewegung. An das Allheilmittel einer radikalen Sozialisierung z. B. auch auf dem Lande glaubt doch kein Einsichtiger mehr. Aber weder das Vorhaben einer gemeinschaftlichen Nationalisierung noch einer weitgehenden Sozialpolitik macht die dramatische Geste des Fehdeansagens an die ganze Welt notwendig, das zu den noch alle kulturerhaltende Kräfte und damit viele gute Idealisten ins gegnerische Lager treibt.

Wir geben zu: die schnelle Entwicklung der Verhältnisse in Rußland und Deutschland war geeignet, der deutschen Arbeiterschaft die Sinne zu verwirren. Jetzt ist die Stunde der Nachdenklichkeit gekommen. Jetzt werden sich auch die Geister scheiden. Wer unter den Führern noch einen Funken Verantwortungsgefühl und Liebe zum Volke in sich fühlt, wird seinem Gefolge den entsagungsvollen Weg zur Vernunft voranschreiten. Vielleicht wird dem Anderen zunächst noch eine urteilslose Menge zujubeln, in naher Zukunft würden sie, wenn sie durchdringen würden, als die Schuldigen am Zusammenbruch der Arbeiterbewegung verflucht sein.

Doch auch der Bürger steht in diesen Tagen vor einer großen Entscheidung. Nicht minder töricht und übel beraten als der Radikalismus des Umsturzes ist sein radikales Beharren. Der Bürger, der in unserer Zeit der Beschäftigungsschwierigkeiten sich an satten Witzen über die Erwerbslosen vergnügt, der von den Gründen der tiefinnerlichen Unzufriedenheit und Wurzellosigkeit der Arbeiter keine Ahnung hat, weil er sich in die Lage seiner nichtbesitzenden, der Arbeitsfreude beraubten Brüder nicht hineindenken kann, ist genau so unsympathisch wie der bolschewistische Phrasenagitator mit der fliegenden Stirn. Jene „bürgerlichen“ Führer, die in den letzten Jahren ihre Anhänger gegen die sozialpolitischen Versöhnungsmaßnahmen der Demokratisierung von Staat und Wirtschaft aufhetzten, sind genau so Vertreter eines kurzsichtigen Klassenegoismus wie die linksradikalen Heroen. Sie gefährden wie diese die Kultur, indem sie dem Bolschewismus Agitationsstoff zuführen. Wenn übrigens die Arbeiter heute besonnener werden, können sie dem reaktionären Lager jene in Deutschland nicht seltenen Köpfe entziehen, die nicht aus Verständnislosigkeit, sondern aus ehrlichem Besorgtsein diese Reihen verstärkten. Die Entradikalisierung der einen Seite schwächt die andere.

Denn das ist die große Möglichkeit der Stunde: die Neuschaffung einer starken Mitte. Nicht im parteimäßigen Sinn, denn was liegt an Grenzen der Parteien? Auch handelt es sich nicht um eine Mitte der Unentschiedenheit und Lauheit. Was wir nötig haben, ist die Sammlung aller ehrlichen und besonnenen Geister, aller jener, die in ernster Arbeit des Denkens und Ausführens den Fortschritt zur Versöhnung und zum Aufstieg erzwingen wollen, den Demagogen nie erreichen. Schauen wir uns doch die Führer an, die uns mit haßverzerrten Worten in den letzten Jahren zum Abgrunde führen; nötig ist es, daß sich alle jene sammeln, die von ehrlicher Liebe zum Volke erfüllt sindn.

Die Lage im Reiche.

Die U. S. P. in der Provinz Sachsen für Moskau.

Aus Halle wird uns berichtet:

In zahlreichen Städten der Provinz Sachsen und der angrenzenden Gebiete stimmten Konferenzen und Mitgliederversammlungen der Unabhängigen für den Anschluß an Moskau.

Die Mansfelder U. S. P. für Moskau.

Eine Konferenz der U. S. P. des Mansfelder See- und Gebirgskreises beschloß gegen zwei Stimmen den Anschluß an die Dritte Internationale. — Eine Mitgliederversammlung der Eislebener U. S. P stimmte ebenfalls gegen nur wenige Stimmen dem Anschluß an Moskau zu.

Die Mannheimer U. S. P. und Moskau.

Der Mannheimer „Volksstimme“ zufolge hat sich eine Vertrauensmännerkonferenz der Mannheimer Unabhängigen mit 83 gegen 47 Stimmen für den Anschluß an die Dritte Internationale entschieden. Auf einer Parteiversammlung dagegen entwickelten sich so heftige Auseinandersetzungen, daß man ohne Beschluß auseinanderging.

Die Enttäuschung über Sowjet-Rußland.

Die „Hamburger Nachrichten“ berichten aus Kopenhagen: Wie aus Helsingfors berichtet wird, kehrten von den 250 vor einem Monat nach Rußland ausgewanderten deutschen Arbeitern 90 nach Norwegen zurück. Sie berichten, daß die Verhältnisse in Rußland so ungünstig seien, daß sie bereits nach einer Woche die Arbeit hätten niederlegen müssen. Die Bolschewisten suchten sie zum Bleiben zu zwingen, indem sie ihnen die Zusatzrationen für Arbeiter entzogen. Sie mußten ihre Kleider verkaufen, um nicht zu verhungern. Schließlich gelang es ihnen, mit Hilfe des Roten Kreuzes über die Grenze zu entkommen.

Bildung eines Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellter und Beamter.

Am Sonnabend und Sonntag fand in Frankfurt a. M. der Bezirkstag des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes für den Bezirk Frankfurt a. M. statt. Am Sonnabend sprach in einer Eröffnungsrede in der Gewerbeschule der Landtagsabgeordnete Riedel-Charlottenburg über die politischen und rechtlichen Verhältnisse der Eisenbahnbeamten und -arbeiter und über die Unwirtschaftlichkeit der Eisenbahnbetriebe. Der Redner teilte mit, daß der Verband Sachverständige mit der Ausarbeitung von Wiedergutmachungsvorschlägen betraut habe. Nach dem Geschäftsbericht, der in der Delegiertenversammlung am Sonntag erstattet wurde, ist die Mitgliederzahl im letzten Jahre auf über 6400 gestiegen. Mit dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein und dem Gewerkschaftsbund der Angestellten hat sich der Allgemeine Eisenbahnerverband zu einem Gewerkschaftsring der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände zusammengeschlossen. Dieser Gewerkschaftsring wird in allen größeren Orten Ortsverbände bilden und wird als drittgrößte Arbeitnehmergruppe mit den freien und christlichen Gewerkschaften auftreten. In einer Entschließung wendet sich der Bezirkstag gegen das Akkordverfahren im Eisenbahnbetrieb, das als unpraktisch und unwirtschaftlich abzulehnen sei. Ferner wurde ein Abbau der Lebensmittelpreise gefordert.

Das Gespenst der Zwangsanleihe.

Berlin, 15. Sept. Meldungen über eine bevorstehende Zwangsanleihe des Reiches beunruhigen seit einiger Zeit das Wirtschaftsleben. Daß mit der Möglichkeit einer Zwangsanleihe zu rechnen ist, ist jetzt nicht mehr zu bestreiten. Die weiter um sich greifende Inflation unseres Papiergeldes hat die maßgebenden Stellen genötigt, auch dieses Mittel einer Verbesserung unseres Reichskredites ernster Erwägung zu unterziehen und einen Entwurf auszuarbeiten, der in den grundsätzlichen Punkten aber scheinbar noch keineswegs den Charakter eines Definitiums trägt. Da das Mittel einer sofortigen und radikalen Vermögensenteignung zur wirksameren Durchführung des Reichsnotopfers infolge seiner erschütternden Rückwirkung auf unser Wirtschaftsleben wohl nicht diskutierbar erscheint, so liegt der Weg einer Zwangsanleihe nahe, um schon jetzt die Notopferbeträge zu erfassen, die die Abgabepflichtigen nicht in bar oder Kriegsanleihe flüssig haben. Eine solche diesem Zweck dienende Anleihe würde somit nur eine Vorgängerin des Notopfers bedeuten. Eine solche Anleihe würde dem Reich lediglich einen Zeitgewinn bei Durchführung des Notopfers bringen, ihm aber keinen neuen Ertrag erschließen. Der Ansicht maßgebender Personen, die nur diese Form einer Zwangsanleihe für erträglich halten, steht aber die Auffassung gegenüber, daß die Finanzlage des Reiches auch bei restloser Erfassung des Notopfers keine ausreichende Verstärkung erfahren würde und daß weitere Eingriffe in das Privatkapital unvermeidlich wären. Die in die Presse gelangten Meldungen, wonach im Entwurf eine Verzinsung von 3 Prozent bei kleineren Kapitalien und eine Zinslosigkeit bei größeren vorgesehen sein soll, deuten darauf hin, daß die radikalere Richtung zurzeit an Boden gewonnen hat. Es ist zu verstehen, daß die maßgebenden Stellen bei den schwerwiegenden Bedenken, die vor allem im Augenblick gegen das Projekt zu erheben sind, sich nur zögernd entschließen, es in die Tat umzusetzen. Eine irgendwie nennenswerte Gesundung unserer Finanzen wird auch die Zwangsanleihe oder irgendeine andere Operation nicht zur Folge haben, sondern nur eine Steigerung unserer Produktion wird dies erreichen.

*

Herr Sthamer zum Botschafter ernannt.

Berlin, 15. Sept. Der deutsche Geschäftsträger in London, Gesandter Sthamer, ist zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter ernannt worden. Er wird sein Beglaubigungsschreiben dem König von England wahrscheinlich erst nach dessen Rückkehr noch London im Oktober überreichen können.

Verhandlungen wegen Einfuhr amerikanischen Mehls.

Berlin, 15. Sept. Am Montag wurde im Reichsernährungsministerium wegen der Einfuhr amerikanischen Getreides oder Mehles verhandelt. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß das Ernährungsministerium nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß eine Freigabe der Einfuhr des Getreides oder Mehles nicht stattfinden dürfe, weil dadurch die Zentralisierung der Erfassung und Verteilung des Brotmehls gestört werde. Das Ministerium hat sich jedoch bereit erklärt, wieder in Verhandlungen mit der Vertretern der Reichszentrale deutscher Bäckermeister zu treten, sobald von seiten der amerikanischen Bäcker-Genossenschaften neue Unterlagen vorliegen, da das Angebot durch die ungünstiger gewordene Valuta inzwischen gegenstandslos geworden sei. Die nach Eingang der Unterlagen stattfindenden Verhandlungen sollen unter Hinzuziehung des Reichsfinanzministers erfolgen.

Die für Deutschland bestimmten amerikanischen Milchkühe.

Die mehrfach verbreitete Nachricht, daß ein Transport der von Amerika gestifteten 2500 Milchkühe bereits nach Deutschland unterwegs sei, ist verschiedenen Blättern zufolge nicht zutreffend. Der erste Transport werde voraussichtlich erst Anfang Oktober abgehen können.

Rückkehr der deutschen Kriegskinder.

Aus Stockholm wird gemeldet: Etwa 1500 deutsche, österreichische und ungarische Kriegskinder, die in Stockholm und Umgebung sowie auf der Insel Gotland Aufnahme gefunden hatten, haben heute Stockholm in einem Sonderzuge verlassen.

*

Neue polenfeindliche Unruhen in Westpreußen.

Nach einer Meldung der „Königsberger Allg. Ztg.“ aus Neidenburg sind in Lautenburg und Löbau nach dem Muster von Graudenz schwere Unruhen ausgebrochen. Von dort sind eine große Anzahl deutscher und polnischer Flüchtlinge im Kreise Soldau eingetroffen. Die polnische Heeresleitung hat sofort zwei Bataillone Infanterie nach Lautenburg und Löbau entsandt, um die Ruhe wiederherzustellen. Nähere Nachrichten liegen noch nicht vor.

Die Polen werfen im Bereich von Soldau an der ehemals kongreßpolnischen Grenze Schützengräben mit der Front nach Deutschland aus.

Ablehnung der deutschen Noten über Oberschlesien.

Rotterdam, 15. Sept. Die „Morningpost“ meldet aus Paris, daß die deutschen Noten über die „angeblichen“ Verletzungen deutscher Rechte in Oberschlesien der alliierten Kommission in Oppeln zur Nachprüfung übermittelt worden sind. Nach einer „Times“-Meldung aus Paris hat das alliierte Kabinett ein direktes Eingreifen in die oberschlesischen Verhältnisse abgelehnt, da die interalliierte Kommission die durch den Friedensvertrag gegebene höchste Instanz für die Abstimmung sei. Aus diesem Grunde verzichten die Alliierten auch auf Vorhalte und Anweisungen in der Handhabung der Ordnungspolizei für Oberschlesien.

Polnische Heucheleien.

Beuthen, 14. Sept. Korfanty richtet heute einen längeren Aufruf „An die Bevölkerung Oberschlesiens“, der an die neuerlichen beunruhigenden Nachrichten anknüpft und hierfür in erster Linie die Presse verantwortlich macht. In dem Aufruf heißt es:

In Wirklichkeit wird die Lage Oberschlesiens von Tag zu Tag ruhiger. Wir wären längst zu normalen Verhältnissen zurückgekehrt, wenn nicht die alldeutschen Machinationen (!) dem entgegenarbeiteten. Der Aufruf spricht weiter von Besprechungen zwischen alldeutschen Agitatoren und Kommunisten, welch letzterer man sich als Werkzeug für die neuen Pläne bedienen wolle. Die polnische Arbeiter- und Landbevölkerung wird aufgefordert, Ruhe und Besonnenheit zu wahren, alle Kräfte für die Aufrechterhaltung der Ordnung einzusetzen, die kommunistischen und alldeutschen Agitatoren abzufassen und den interalliierten Behörden abzuliefern. Der zweite Teil des Aufrufes beschäftigt sich mit den angeblichen Versuchen, die polnische Bevölkerung gegen die italienischen Besatzungstruppen aufzureizen und einen Gegensatz zwischen den Franzosen und den italienischen Truppen zu konstruieren. Der Aufruf schließt:

Wer die Ruhe und Ordnung stört, trägt zur Verschiebung des Termins der Volksabstimmung bei. Diese aber brauchen wir so schnell wie möglich, denn sie soll formell den Stand der Dinge in Oberschlesien bekräftigen, nämlich, daß Oberschlesien polnisches Land ist und geistig und moralisch bereits einen Teil der freien Volksrepublik bildet.

Ein neuer politischer Mord in Oberschlesien.

Beuthen, 15. Sept. In Radzionkau ist der Landjäger Golla, ein Vertrauensmann des Verbandes heimattreuer Oberschlesier, von unbekannten Tätern erschossen worden.

Der Raub von Eupen und Malmedy.

Die „Neue Zürcher Ztg.“ meldet aus Genf: Die Ratifikation der Vereinigung von Eupen und Malmedy mit Belgien wird am 15. Sept. der Genehmigung des Völkerbundes unterworfen. Die hierauf bezüglichen Dokumente sind bereits dem Sekretariat des Völkerbundes zugestellt worden.

Hier hätte der Völkerbund einmal Gelegenheit, zu zeigen, daß er nicht nur ein „Verein der Sieger“ ist, sondern eine Einrichtung zur Förderung der Gerechtigkeit in aller Welt ist. Aber nachdem er nicht das geringste gegen die seltsame „Volksabstimmung“ getan hat, die eine brutale Vergewaltigung jeglichen Rechtsempfindens war, wird er auch zur Vollendung des Raubes sein Ja und Amen sprechen und der elften deutschen Note über Eupen und Malmedy ebensowenig Gehör schenken wie den zehn voraufgegangenen.

Moresnet will deutsch bleiben.

Berlin, 15. Sept. Aus dem bisher unter dem Namen Neutral-Moresnet bekannten Ländchen, das durch den Friedensvertrag ohne Volksabstimmung Belgien zugesprochen worden ist, ist der Reichsregierung eine Petition zugegangen, worin die Bewohner über ihre jetzige Lage, über die Verschlechterung inbezug auf Sozialversicherung und steuerliche Verhältnisse und namentlich darüber Beschwerde führen, daß ihnen das Recht der Selbstbestimmung versagt worden ist. Die Gesuchsteller bitten inständig, aus dem jetzigen Zustande erlöst zu werden. Sie wollen deutsch bleiben und versichern, daß bei einer Abstimmung nicht nur alle Deutschen, die die Mehrzahl der Besucher ausmachen, sondern auch die meisten Holländer und Neutralen für Deutschland stimmen würden. In zweiter Linie wünschen sie neutral zu bleiben, keinesfalls aber wollen sie belgisch werden. Dem Gesuche sind Listen mit zahlreichen Unterschriften beigefügt, unter denen sich nicht nur Deutsche, sondern auch Holländer und Neutrale und sogar ein Belgier befinden.

Die neue Polizeiorganisation der Provinz Sachsen.

Von Regierungsrat Kurtzig beim Oberpräsidium der Provinz Sachsen.

Am Mittwoch findet in Berlin unter dem Vorsitz des Ministers des Innern unter Zuziehung sämtlicher Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten die entscheidende Sitzung über die Umgestaltung der Polizei statt. Wie die Vorbesprechungen ergeben haben, wird der Vorschlag des Ministeralrats Abegg, der allerdings in wesentlichen Punkten im Laufe der Verhandlungen abgeändert ist, voraussichtlich fast einstimmig angenommen werden. Auch die maßgebenden Berufsorganisationen haben ihre Billigung zu dem Plane, der unzweifelhaft einen bedeutenden Fortschritt gegenüber dem augenblicklichen Zustand enthält, erklärt. Es drängt sich uns daher die Frage auf, welche Polizeikräfte werden dem Staate nach Durchführung dieses Projekts in unserer Provinz zur Verfügung stehen?

Den Kern wird die sogenannte „Schutzpolizei“ bilden. Sie setzt sich zusammen aus der bisherigen Sicherheitspolizei und der staatlichen und kommunalen Ordnungspolizei, soweit sie auf der Straße Dienst tat. Das Ministerium will der Provinz Sachsen ungefähr 9000 Beamte für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Das Oberpräsidium muß jedoch unbedingt 10 000 Beamte (450 Beamte i. Z. und 9550 Beamte i. U.) fordern. Es ist zu erhoffen, daß das Ministerium sich nicht den Ausführungen des Oberpräsidiums verschließen wird, nachdem es anerkannt hat, daß die Provinz Sachsen an dritter Stelle berücksichtigt werden muß. (Zunächst Groß-Berlin, sodann Rheinland-Westfalen.) Erhält die Provinz Sachsen die geforderte Anzahl von Beamten, so ist beabsichtigt, diese Zahl in der Weise zu verteilen, daß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200915-18/fragment/page=0005

dem Regierungsbezirk Magdeburg 2554 Beamte,
dem Regierungsbezirk Merseburg 4143 Beamte,
dem Regierungsbezirk Erfurt 3303 Beamte
zugewiesen werden. Diese an sich verschiedene Dritteilung ist erforderlich, um den bedrohten Bezirken, die hauptsächlich im Merseburger Bezirk um die Stadt Halle und im Geiseltale liegen, einen erhöhten Schutz zuteil werden zu lassen. Als Ausgleich erhalten diejenigen Kreise, in die es nicht nötig erscheint, eine größere Anzahl Schutzpolizei zu legen — Schutzpolizei erhält in der Provinz Sachsen jeder Kreis — eine größere Anzahl Landjäger. Diese Maßnahme erscheint deshalb praktisch, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß kleine Landjägerposten von einem oder zwei Beamten in unruhigen Bezirken nichts auszurichten vermögen.

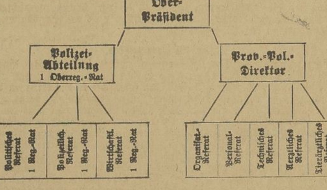
Neben die Schutzpolizei tritt ergänzend die Landjägerei. Dieser Beamtenkörper, dessen vorzügliche Leistungen (als Gendarmen) von allen Seiten anerkannt werden, muß und wird erhalten bleiben, und zwar in einer gewissen Selbständigkeit gegenüber der Schutzpolizei, da er zum Teil andere Aufgaben als jene zu erfüllen hat. Das Oberpräsidium fordert, daß die Zahl der Landjäger einschließlich ihrer höheren Beamten von zurzeit ungefähr 400 auf 1000 erhöht wird. Diese Summe kann auch voraussichtlich der Provinz Sachsen überwiesen werden, denn die Gendarmerie im Reich darf nach dem Friedensvertrage 17 000 Beamte stark sein, so daß auf Preußen 9000 Beamte entfallen werden.

Neben die Schutzpolizei und die Landjägerei tritt mit völlig verschiedenen Aufgaben die Verwaltungspolizei, die ihren Dienst in Zivil verrichtet. Sie besteht aus der Ordnungspolizei, soweit sie bisher nicht auf der Straße Dienst tat, den Beamten auf den Büros usw. Ihre Stärke ist noch nicht festgesetzt und kann von dem Ministerium je nach Bedarf festgesetzt werden, da nach dem Friedensvertrage bei der Verwaltungspolizei als nicht bewaffneter Polizei die Entente bezüglich der Zahl der Beamten keine Vorschriften zu machen berechtigt ist.

Endlich ist noch die Kriminalpolizei zu erwähnen, deren Aufgaben die gleichen wie bisher sind. Bei ihr ist hervorzuheben, daß ihre alsbaldige völlige Verstaatlichung von allen Seiten gefördert wird. Das Ministerium hat auch versprochen, diesem Verlangen beschleunigt Rechnung zu tragen.

Schätzungsweise wird also die gesamte Polizei in der Provinz Sachsen 13 500 Beamte stark sein, eine Zahl, die an sich hoch erscheint, die aber gerade nur dann als ausreichend bezeichnet werden kann, wenn jeder Beamte bis auf das äußerste seine Pflicht erfüllt. —

Die Leitung dieses Beamtenkörpers ist für die Provinz Sachsen in folgender Weise gedacht: Chef der Polizei ist der Oberpräsident. Ihm stehen zur Seite sowohl Verwaltungsbeamte wie Beamte der Schutzpolizei. Gerade die Verbindung dieser beiden Beamtenkategorien, die ganz andere Vorbildung und Aufgaben haben, wird sich in der Praxis vorzüglich bewähren. Nachstehendes Schema läßt erkennen, welche Aufgaben beiden zugewiesen sind:



Der taktische Einsatz der Polizei wird in der Regel dem Regierungspräsidenten obliegen, da zu erhoffen ist, daß uns größere Unruhen, die über den Rahmen eines Regierungsbezirks hinausgehen, erspart bleiben werden. An sich wäre es das Idealste, wenn dem Regierungspräsidenten ein ähnlicher Stab von Beamten wie dem Oberpräsidenten zur Seite gestellt werden könnte. Aus Sparsamkeitsgründen mußte hiervon Abstand genommen werden. Nach der Auffassung des hiesigen Oberpräsidiums ist dies auch nicht für die Provinz Sachsen erforderlich, weil es sich ermöglichen läßt, daß jeder Regierungspräsident einen Gruppenstab der Schutzpolizei erhält, der ihm gleichzeitig als polizeilicher Berater dienen kann.

Bei dem Magdeburger Polizeipräsidium wird ein „Kommando der Schutzpolizei“ geschaffen; ein gleiches soll auch bei denjenigen Städten eingerichtet werden, die bisher kommunale Polizei besaßen und deren Verstaatlichung vorgesehen ist; dies sind in erster Linie Halle und Erfurt.

Endlich erhalten die Landräte zu ihrer Hilfe „Kreispolizeiräte“. Diese Beamte sollen nicht nur polizeiliche Berater des Landrats sein, sondern sie sollen ihn auch bei seinen Polizeiverwaltungsaufgaben entlasten, damit er sich seinen anderen zahlreichen und so wichtigen Aufgaben noch mehr wie vordem widmen kann.

Die Landjägerei behält bis zu einem gewissen Grade die eigenen Vorgesetzten bei, die sie auch bisher besaß. Ihre Spitze wird für die Provinz der Brigadier der Landjäger sein. Ob dieser dem Provinzial-Polizeidirektor (Chef der Schutzpolizei, vergl. obiges Schema) untergeordnet oder beigeordnet sein wird, steht noch nicht fest; für beides sprechen mancherlei Gründe.

Bei der neu geschaffenen Verwaltungspolizei und der Kriminalpolizei ändert sich an ihrer bisherigen Organisation nichts wesentliches.

Hoffen wir, daß diese Neuorganisation sich so bewähren wird, wie die bisherigen alten Organisationen, aus denen sie entstanden ist.

Handelspolitischer Rückblick.

Die nunmehr beendete Leipziger Messe bot noch ein Bild der schlechten Geschäftskonjunktur, die seit Monaten Handel und Wandel lähmte. Inzwischen haben sich aber die Verhältnisse wesentlich günstiger gestaltet. Die Kauflust ist neu erwacht, nachdem die Allgemeinheit den Eindruck gewonnen hat, daß die Zeit des Preisrückganges nun vorläufig vorüber und der Tiefpunkt der Preisentwickelung, den der Handel für seine Käufe abzuwarten bemüht war, überschritten sei. Die Preise haben jetzt wieder steigende Tendenz, insbesondere in den Gegenständen des täglichen unentbehrlichen Bedarfs. Am deutlichsten ist der Umschwung in der Textilindustrie, die schon auf der Leipziger Messe verhältnismäßig am günstigsten abschloß. Seitdem haben sich Geschäftsbetrieb und Umsatz gerade in der Textilindustrie beträchtlich gehoben. Die Bestellungen häufen sich wieder und die Fabrikanten sind bestrebt, ihre während der langen Geschäftsflaute angesammelten Vorräte allmählich und zu gebesserten Preisen abzustoßen.

Die Zeit, in der größere Warenposten selbst unter erheblichen Verlusten nicht abzusetzen waren, ist jedenfalls in der Textilindustrie vorüber. Dagegen klagen die Luxusindustrien noch immer über mangelnden Absatz, weil das Publikum die hohen Preise für nicht unbedingt lebensnotwendige Produkte vielfach nicht mehr aufzubringen bereit ist. Besonders empfindlich macht sich die Geschäftsstille in der Spielwarenindustrie geltend. Recht schlimm steht es um das Exportgeschäft, auf das die deutschen Luxusindustrien heute in besonders hohem Maße angewiesen sind. Das System der Ausfuhrabgaben, das, wie die meisten wirtschaftlichen Maßnahmen der Reichsregierung zu spät kam, hat nach dem Wiederansteigen der deutschen Valuta außerordentlich störend und schädigend auf das Auslandsgeschäft eingewirkt. Bedauerlicherweise scheint auch der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats, der binnen kurzem über die Aufhebung der Ausfuhrabgaben Beschluß fassen soll, die Frage viel zu sehr von dem Gesichtspunkt zu betrachten, was die Reichskasse durch diese Abgaben vereinnahmt. Diese Einnahmen aber gehen auf der anderen Seite der deutschen Industrie zehnfach verloren, indem sie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig wird. Nachdem die Inlandspreise die Weltmarktspreise erreicht haben, sind die Ausfuhrabgaben zu unerträglichen Ketten für den deutschen Export geworden und sollten ohne Rücksicht auf die unvermeidliche Schädigung der Reichsfinanzen beseitigt werden.

Nicht ohne Einfluß auf die handelspolitische Lage dürfte die Versteifung der ausländischen Devisen bleiben, die in den letzten Tagen eingetreten ist, und die mit einem Fallen der Mark in den ausländischen Handelsplätzen Hand in Hand ging. In Amsterdam fiel die Mark in der letzten Woche von 6,33 auf 5,92. Das ist zwar an sich von keiner großen Bedeutung für den Handelsverkehr, aber es ist doch als äußeres Zeichen der Beurteilung der deutschen Witschaftslage durch das Ausland zu bewerten. An Beweggründen für dieses ungünstige Urteil des Auslandes fehlt es nicht. Man könnte sie fast an den Fingern abzählen. Die drohende Zwangsanleihe, die Gefahr einer übereilten Sozialisierung der Kohlenwirtschaft infolge der letzten Beschlüsse der Sozialisierungskommission sind zwei solche Gründe. Noch schwerer fällt wohl die immer schmerzhafter sich fühlbar machende Kohlennot der deutschen Industrie infolge des Spaabkommens und der für Deutschland so ungünstigen Entwickelung der Dinge in Oberschlesien ins Gewicht. Ohne eine ausreichende Kohlendecke kann die deutsche Industrie sich nicht emporraffen.

Trotzdem rüstet die Industrie weiter für den erhofften Aufschwung, insbesondere durch Kapitalansammlungen. Eine große Reihe von Kapitalerhöhungen industrieller Gesellschaften ist auch wieder aus der vergangenen Woche zu berichten. Am bedeutungsvollsten ist wohl die große Kapitalerhöhung der A. E. G., deren Generalversammlung neulich die Ausgabe von 175 Millionen neuer Vorzugsaktien beschlossen hat. Auf dieser Generalversammlung klagte zwar der Vorsitzende Dr. Rathenau ebenfalls über die allgemeine Depression, kündigte aber gleichwohl eine „maßvolle“ Erhöhung der Dividenden an. So erfreulich das für die Aktionäre ist, so muß man sich doch hüten, daraus etwa auf einen allgemein günstigen Stand der deutschen Industrie zu schließen. Gewiß, einzelne Zweige machen nach wie vor glänzende Geschäfte. Bezeichnend ist z. B. die Tatsache, daß die Schokoladenfabriken schon mit Aufträgen überhäuft sind, daß sie keine neuen mehr annehmen können. Es gibt also auch Luxusindustrien, die mit Hochdruck produzieren. Aber im allgemeinen wäre es doch verfrüht, schon jetzt von einer kommenden neuen Hochkonjunktur zu sprechen. Nur soviel darf man sagen, daß der Tiefpunkt der Entwickelung wieder einmal überwunden zu sein scheint.

Merseburg und Umgegend.

15. September.

(Weitere Nachrichten siehe Hauptblatt.)

Aufatmen.

Ein zweiter Sturm auf die Läden hat eingesetzt, gemächlicher als in den Kriegsjahren, wo die Hausfrau sorgenvoll von Laden zu Laden eilte und zu erhaschen suchte, was noch von alten Resten seliger Wohlhabenheit des Friedens vorhanden war. Die Verkäufer bekommen diesen Sturm auch nicht mehr so zu spüren, wie in jenen Zeiten, wo ihnen die abweisende Antwort: Alles ausverkauft, nur noch Ersatz . . . zur stereotypen Formel geworden war. Nein, der Strom geht nicht mehr hinein in die Läden, sondern nur bis an ihre Schaufenster. Das Betrachten der Auslagen und das Beobachten der Preise ist jetzt der große Sport geworden, der leidenschaftlicher ausgeübt wird, als im Frieden. Denn hinter uns liegt die schreckliche Zeit, in der es nichts, aber auch gar nichts von Belang noch zu kaufen gab in den Läden, in der viele von ihnen tagelang geschlossen waren und nur an einem oder zwei Tagen der Woche ihre Tür öffneten, wenn die Verteilung auf Marken . . . begann.

Freilich, gekauft wird auch jetzt noch nicht viel, so daß selbst von einem Käuferstreik gesprochen und geschrieben wird. Aber gern „streiken“ die Käufer nicht. Sie möchten schon erwerben, dies und jenes, hier und dort. Denn die Lücken, die jahrelanges Darben und Sparen riß, sind gar zu groß. Aber man kann ja, wenn die Auslagen auch noch so sehr locken, dem Wunsche des Herzens nicht folgen. Die Preise sind immer noch zu hoch. Und so begnügt sich die Hausfrau — und wie mancher Mann! — damit, die Auslagen zu betrachten und festzustellen: Dies gibt es wieder und das. Und die Spaziergänge durch die Geschäftsstraßen der inneren Stadt sind recht beliebt geworden. Vor den Läden stehen die Frauen, oft auch vom Familienvater begleitet, und vergleichen die Preise. Schilder locken und verheißen allenthalben: „Preise herabgesetzt!“ — „Statt 120 Mark 100 Mark!“ — usw.

Und die Preise sind wirklich gesunken. Noch nicht sehr erheblich, von des Käufers Tasche aus berechnet. Die eine oder andere Ware macht auch gelegentlich wieder den Versuch, ihren Wert hinaufzuschrauben. Aber es ist alles verlorene Mühe. Es bröckelt ein Steinchen nach dem anderen ab, immer mehr Risse entstehen in dem stolzen Bau der Kriegspreise, und der eifrige Beobachter — und welche Hausfrau wäre es hier nicht — sieht, daß es auf dem Wege abwärts immer weiter geht, weil's so kommen muß. Auch wenn die Preise in Geschäften, die zwei oder drei Straßen weit voneinander liegen, manchmal ganz seltsame Unterschiede aufweisen.

Zu dem Beobachten der Preise gesellt sich aber das Rechnen. „Wenn die Preise noch so oder so weit sinken, dann können wir uns vielleicht dieses oder jenes kaufen.“ Ach, der Käufer hat ja so ungern „gestreikt“, hat das Kaufen unterlassen, weil's der magere Geldbeutel so gebot. Nun aber beginnt das Rechnen leichter zu werden. Hier sind 10 ℳ weniger anzulegen für einen Kauf, dort 20 — da ist bald wieder ein Sümmchen frei für eine andere notwendige Erwerbung. Das sorgende Rechnen beginnt leichter zu werden, zage Hoffnung kehrt wieder, und mit einem Aufatmen der Erleichterung kehrt die Hausfrau heim von ihrem Gange.

*

** **Neue Ortsklassenfestsetzung in Preußen.** Die Beratungen der preußischen Beamtenbesoldungsvorlage haben am 16. v. Mts. begonnen. Einzelheiten hierüber können nicht mitgeteilt werden, da die Beratungen im Ausschuß vertraulich sind. Es verlautet aber, daß die Statistik über die Eingliederung der Orte in die einzelnen Ortszuschlagsklassen zurzeit bei der Regierung in Arbeit ist und nach Fertigstellung mit den Vertretern der Beamtenschaft beraten werden soll.

** **Die Kursächsischen Braunkohlen-, Gas- und Kraft-G. m. b. H.** zu Berlin haben bei dem Bezirksausschuß hierselbst den Antrag gestellt, ihnen das Recht zu verleihen: a) die Tageswässer und die geklärten Fabrikabwässer in die Mahlgeisel abzuleiten; b) eine biologische Kläranlage für die im Lageplan angegebenen Beamtenwohnhäuser, das Wohlfahrtsgebäude, das Verwaltungsgebäude und Laboratorium zu errichten; c) das Betriebswasser aus der Mahlgeisel zu entnehmen. Zeichnungen und Erläuterungen können bei dem Landratsamte in Querfurt und bei dem Bezirksausschuß in Merseburg eingesehen werden. Widersprüche gegen die Verleihung des nachgesuchten Rechts sind bis zum 24. September bei dem Bezirksausschusse mündlich oder schriftlich in 2 Stücken anzubringen. Zur Verhandlung über den Antrag und zur Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einsprüche wird Termin auf Montag den 4. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Verwaltungsgebäude der Antragstellerin zu Lützkendorf vor dem Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Loesener anberaumt. Wer binnen der ebengenannten Fristen gegen die nachgesuchte Verleihung des nachgesuchten Rechts Widerspruch nicht erhebt, verliert sein Widerspruchsrecht und kann wegen nachteiliger Wirkungen der Ausübung des der Antragstellerin künftig verliehenen Rechts die Unterlassung des beantragten Rechts nicht mehr verlangen, vielmehr nur noch die Herstellung und Unterhaltung von solchen Einrichtungen, welche die nachteiligen Wirkungen ausschließen, oder Entschädigung verlangen. Innerhalb der gesetzten Frist sind auch solche Anträge auf Verleihung des Rechts zu einer Benutzung der Geisel zu stellen, durch welche die von der Antragstellerin beabsichtigte Benutzung dieses Flußlaufes beeinträchtigt werden würde; spätere Anträge auf Verleihung werden in diesem Verfahren nicht berücksichtigt werden. Diesen Anträgen sind eine Beschreibung, eine Lageplan und ein Bauplan je in drei Ausfertigungen beizufügen.

*

Die Verkehrsvergünstigungen nur für Arbeiter, nicht für Angestellte.

Auf die kürzlich mitgeteilte Anfrage des Abgeordneten Delius vom 4. August 1920 ist folgende Antwort des Reichsverkehrsministers eingetroffen:

Die Ausgabe von Arbeiterkarten ist bestimmungsgemäß auf Personen beschränkt, die außerhalb ihres Wohnortes mit mechanischen oder Handarbeiten beschäftigt sind, also zu den Arbeitern in engerem Sinne des Wortes gehören. Die Preise der Arbeiterkarten decken bei weitem nicht die bahnseitigen Selbstkosten der Beförderung. Mit den Karten sind im übrigen mancherlei Nachteile, insbesondere wegen ihrer vielfach mißbräuchlichen Benutzung, für die Eisenbahnverwaltung verbunden. Es ist daher bereits wiederholt angeregt worden, sie auch mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter gegenüber zahlreichen Angestellten und sonstigen Angehörigen des Mittelstandes gänzlich zu beseitigen. Bisher ist aber hiervon wegen der noch andauernden allgemeinen Wohnungsnot, infolge deren viele Arbeiter keine Wohnung in der Nähe ihrer Arbeitsstelle finden und daher einen getrennten Haushalt führen müssen, noch abgesehen worden, um den Arbeitern die Wohltat, daß sie über Sonntag ihre Familie zu verbilligtem Eisenbahnfahrpreise besuchen können, nicht zu entziehen.

Eine Erweiterung des Kreises der Benutzungsberechtigten, welche eine Beseitigung der Arbeiterkarten nur erschweren müßte, kann nicht in Aussicht gestellt werden.

*

Fallen Lehrlinge unter Tarifverträge?

Das Reichsarbeitsministerium hat an den Schlichtungsausschuß in Leipzig einen Bescheid gerichtet, in dem das Ministerium erklärt, aus Zweckmäßigkeitsgründen vorläufig davon abgesehen zu haben, die allgemeine Verbindlichkeitserklärung auf den die Lehrlingsfragen regelnden Paragraphen des Tarifvertrages auszudehnen. Das Reichsarbeitsministerium halte nach wie vor an seinem Standpunkt fest, daß die das Arbeitsverhältnis regelnden Bestimmungen auch für Lehrlinge in Tarifverträgen festgelegt werden können, sobald nicht vom Gesetz besonderen Stellen übertragene Rechte hierdurch berührt werden. Tarifverträge, die Bestimmungen für Lehrlinge enthielten, seien auch neuerdings wiederholt vom Ministerium für allgemein verbindlich erklärt worden. Aus diesem Bescheid wird vielfach gefolgert, daß die Regelung des Lehrlingswesens, soweit sie mit den gesetzlichen Vorschriften im Einklang stehen, Gegenstand von Abmachungen in Tarifverträgen sein können und müssen, so lange eine befriedigende gesetzliche Regelung nicht erfolgt ist. Demgegenüber steht der Reichsverband des deutschen Handwerks auf dem Standpunkt, daß in Tarifverträgen und insbesondere in Reichstarifverträgen, Bestimmungen über das Lehrlingswesen im Handwerk nicht getroffen werden können. Die Änderung, die seit der Entschließung des Reichsarbeitsministeriums vom 11. April 1920 zum Tarifvertrag über das Lithographie- und Steindruckergewerbe in der Anschauung des Reichsarbeitsministers eingetreten ist, sind durch Einwirkungen von gewerkschaftlicher Seite hervorgerufen. Grundsätzlich, so wird jetzt gesagt, sind die das Arbeitsverhältnis regelnden Bestimmungen auch für Lehrlingsverträge zulässig, allerdings mit der Einschränkung, daß durch Gesetz besonderen Stellen übertragene Rechte durch den Tarifvertrag nicht berührt werden dürfen. Der Reichsverband des deutschen Handwerks macht dagegen neuerdings nochmals auf die entgegenstehenden Bestimmungen aufmerksam, vor allem auf die das Lehrlingswesen regelnden Bestimmungen der Gewerbeordnung und kommt zu dem Schluß, daß der Lehrling kein Arbeitnehmer und der Lehrvertrag kein Arbeitsvertrag sei. Der Inhalt des Lehrvertrages ist reichsgesetzlich vorgeschrieben. Es ist darum eine rechtliche Unmöglichkeit, im Tarifvertrag seinen Inhalt vorschreiben zu wollen. Der Lehrling ist auch bei Beginn der Lehrzeit nicht in der Lage, aus eigenem Recht und Willen einer Vereinigung von Arbeitnehmern anzugehören. Der Reichsverband erhebt deshalb auch Widerspruch gegen die vom Tarifamt der deutschen Buchdrucker „in Kraft gesetzte“ Lehrlingsordnung, die ein Reichsgesetz, die Gewerbeordnung, einfach übergeht und außerdem andere Gesetzesverletzungen enthält.

Auch der Regierungspräsident von Hannover hat in seiner Eigenschaft als Demobilmachungskommissar am 13. Juli 1920 entschieden, daß eine Verbindlichkeitserklärung für die Entschädigung der Lehrlinge nicht erfolgen kann. Nur die Innungen, denen die Regelung des Lehrlingswesens obliegt, können Richtlinien für die Entschädigung von Lehrlingen festlegen, jedoch auch nicht bindend, da die Verordnung des Innungsstatuts sich nur darauf bezieht, daß die Innung die Aufsicht über den ordnungsmäßigen Abschluß des Lehrvertrages hat.

Handel — Verkehr — Industrie.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Monat August 1920.

Im Gebiete des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues war im Monat August die Nachfrage nach Briketts in allen Revieren nach wie vor lebhaft, so daß die Aufträge nicht voll ausgeführt werden konnten. Beim Absatz der Rohkohle machte sich die Wirkung des Spa-Abkommens in gewissem Umfange in einer verstärkten Nachfrage bemerkbar. Eine erhebliche Anzahl der Verbraucher, besonders sächsischer, die bis jetzt ausschließlich Steinkohle verfeuerten, haben der gegebenen Anregung zum Mitbezuge von Braunkohle Folge geleistet und Aufträge erteilt. Dieses den Absatz belebende Moment wurde dadurch allerdings beeinträchtigt, daß viele Fabriken infolge schlechten Geschäftsganges ihren Betrieb drosseln oder ganz einstellen mußten. Infolge der Erleichterung der Bezugsmöglichkeit fanden in steigendem Maße Stückkohlen im Hausbrand Verwendung. Die Nachfrage konnte jedoch bei der nur in beschränktem Maße zur Verfügung stehenden Menge nicht voll befriedigt werden. Der Absatz von Preßsteinen weist gegenüber dem Vormonat eine Besserung auf.

Die Wagengestellung bot in keinem Revier zu irgend welchen Klagen Veranlassung.

Der Andrang von ungelernten Arbeitskräften war auch im Berichtsmonat sehr stark. Der Mangel an Tiefbauhäuern und gelerntem Baggerpersonal machte sich auf vielen Gruben weiterhin empfindlich bemerkbar.

Im Rahmen des Schiedsspruches des Reichsarbeitsministeriums vom 27. Juli wurde mit Rückwirkung vom 1. Juni den erwachsenen männlichen Arbeitern eine Erhöhung von 3 ℳ, den weiblichen und jugendlichen eine Erhöhung von 1,80 ℳ auf die Schichtlohnsätze gezahlt. Ferner erhöhte sich das Kindergeld um 1 ℳ, das Hausstandsgeld für männliche Arbeiter gleichfalls um 1 ℳ, für weibliche Arbeiter um 0,50 ℳ. Die Gehälter der Angestellten in den Kernrevieren Halle, Magdeburg, Anhalt, Bitterfeld und Borna erfuhren eine Neuregelung durch den am 13. August vereinbarten Nachtrag zum geltenden Tarifvertrag vom 31. März d. J.

Überarbeit wurde nur in Ausnahmefällen geleistet.

Aus Anlaß des 10prozentigen Steuerabzuges fanden eine Reihe Teilstreiks statt, die sämtlich erfolglos blieben und auch nur von geringer Dauer waren.

= **Die Ergebnisse der Breslauer Messe.** Die Breslauer Herbstmesse, die am Sonntag geschlossen worden ist, brachte den meisten Ausstellern schöne geschäftliche Erfolge. Es kam dies daher, weil die Herbstmesse in der Hauptsache der Textilindustrie gewidmet war. Manche Firmen hatten an den ersten Tagen schon ausverkauft. Vor allen Dingen gingen Kleiderstoffe, Wäsche, Leinen, Mützen, Pelze, Spitzen und ähnliche Artikel. Ein Teil der Meßaussteller habe bereits bei der Messeleitung beantragt, ihnen für die nächste Frühjahrsmesse Plätze zur Verfügung zu stellen.

Kunst — Literatur — Wissenschaft.

§ **Unentgeltliche Verteilung von Büchern.** Aus den Zinsen der Sonderstiftungen, die bei der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großborstel errichtet wurden, soll in nächster Zeit eine Anzahl von Büchern an unbemittelte öffentliche Volksbibliotheken auf dem Lande oder in kleinen Städten — nicht über 10 000 Einwohner — unentgeltlich verteilt werden. Bewerbungen um Zuwendungen von Büchern aus diesen Sonderstiftungen sind unter Klarlegung der Verhältnisse an die Bibliotheksabteilung der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großborstel zu richten.

Vermischte Nachrichten.

* **Krankenrevolte in einem Lazarett.** In der Nervenstation des Lazaretts im neuen Justizgebäude zu Nürnberg lehnten sich die Kranken gegen den Arzt auf, weil ein Teil von ihnen als geheilt entlassen werden sollte, während sie noch länger die gute Verpflegung genießen wollten. Der Arzt wurde schwer mißhandelt und mit einem Seitengewehr gestochen. Er mußte schließlich auf die Straße flüchten. Mehrere Angehörige der Reichswehr, die sich des Verletzten annahmen, wurden mit Stühlen usw. niedergeschlagen.

* **Eisenbahnunglück bei Rennes.** Nach einer Meldung des „Matin“ aus Rennes ist in der Nähe von Rennes eine Lokomotive auf einen Zug aufgefahren, der gerade ausgeladen wurde. Drei Personen wurden getötet, acht schwer verletzt.

* **Mißglückter Silberschmuggel.** In der Nähe von Saargemünd wurde an der Grenze ein Auto festgehalten, das einen doppelten Boden hatte und 400 Kilo Silberbarren beförderte. Das Automobil kam aus Deutschland und sollte nach Straßburg fahren.

* **Durch 40 Dolchstiche getötet.** Ein bestialischer Mord wurde in der Nacht zum Sonntag in Mannheim-Waldhof verübt. In der Süddeutschen Drahtindustrie wurde der Portier Gebert während eines nächtlichen Kontrollganges durch die Fabrik von unbekannter Hand getötet. Die Leiche wies nicht weniger als 40 Dolchstiche auf. Über die Gründe der Tat und die Täter ist noch nichts bekannt.

* **Durch Gaswolken getötet.** Auf dem Gasplatze in Breloh in der Lüneburger Heide, wo Gasmunition vernichtet wird, drehte bei der Sprengung von Gasgranaten plötzlich der Wind um und trieb die Gaswolken den Arbeitern zu. Drei unverheiratete Arbeiter wurden getötet, ein Feuerwerker erlitt eine Gasvergiftung.

* **Die Ausbreitung der Ruhr in Ostpreußen** nimmt laut „Königsberger Allgem. Ztg.“ zu. Im Kreise Heydekrug wurde bei einer Bevölkerung von 40 000 Seelen der tausendste Fall von Ruhr gemeldet. Auch der Kreis Stallupönen ist ergriffen worden. In Königsberg breitet sich die Ruhr ebenfalls aus.

* **Zunahme des Raubwildes.** Aus dem Erzgebirge wird ein überaus starkes Auftreten des Raubwildes, namentlich der Füchse, Marder und Iltisse gemeldet. In manchen Ortschaften ist das Raubzeug schon zu einer wahren Landplage geworden, da in einigen Gehöften die Geflügelbestände völlig vernichtet worden sind. Trotzdem man dem vierfüßigen Raubgesindel durch Fallenstellen, Abschießen und Ausgraben der Baue zuleibe geht, ist bisher noch keine Abnahme desselben zu bemerken gewesen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200915-18/fragment/page=0006

Um Ruhm und Liebe.

Roman von Arthur Zapp.

21. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Ihre Beschäftigung führte Käthe jetzt fast täglich auf die Proben und auch des Abends auf die Bühne und es blieb ihr nichts übrig, wollte sie ihre Tätigkeit, die immer mehr ihr Interesse in Anspruch nahm, und ihr eine täglich steigernde Befriedigung gewährte, nicht aufgeben, sich mit den Gewohnheiten und dem Leben und Treiben ihrer Kollegen und Kolleginnen abzufinden. Zwar eine gewisse Distanz hielt sie immer zwischen sich und den Kolleginnen und Kollegen fest, aber sie vermied, ihrer Mißbilligung bei gelegentlichem allzu zwanglosem Aufschäumen ihrer Lebenslust sichtbaren Ausdruck zu geben.

Als Roderichs Benefiz stattfand und er als „Wetter von Strahl" Triumphe gefeiert hatte, ließ sie sich bereden, an dem nach der Vorstellung stattfindenden gemütlichen Beisammensein teilzunehmen. Sie war fröhlich mit den anderen, stieß mit ihnen freundlich an, als der Direktor auf den Benefizianten ein Hoch ausbrachte, und ließ sich auch ihr stilles Mißbehagen nicht anmerken, als Herr Faber vom Nachbartisch sich zu den Künstlern setzte. Aber sie stellte mit geheimer Genugtuung fest, daß er sich diesmal weniger ungeniert benahm, ja, sich sogar einer gewissen Zurückhaltung befleißigte. Und so konnte sie mehr aus sich herausgehen und sie kamen in ein ganz behagliches Plaudern. Der reiche Ziegeleibesitzer erwies sich als ein guter Kenner der modernen dramatischen Literatur und da es für Käthe nichts Interessanteres gab als dieses Thema, so war sie mit voller Anteilnahme bei der Sache. Als sie während des Gesprächs den Namen Ibsen nannte, meinte er interessiert: „Ich habe bereits mancherlei über ihn gelesen, kenne aber noch nichts von ihm."

Da kam ihr der Gedanke, ob sich nicht der Einfluß, den er offenbar auf den Direktor besaß, für ihre und Heinz Roberts Wünsche benutzen ließ. Ohne ihn vorläufig das Geringste von dieser Absicht merken zu lassen ,sprach sie über die dichterische Eigenart des nordischen Dramatikers im allgemeinen und über die „Wildente" im besonderen, und sie geriet dabei so in Eifer, daß er zuletzt mit einem Blick der Bewunderung in ihr angeregt strahlendes Gesicht sich nicht enthalten konnte, zu sagen: „Ein Dichter, der Ihre Augen so begeistert aufleuchten läßt, der Ihnen eine so schöne, hinreißende Lebhaftigkeit verleiht, der muß ein großer Zauberer sein. Ich bin ihm schon jetzt dankbar für den Genuß, den er mir bereitet hat."

Sie nahm sein Kompliment mit mildem Lächeln auf.

„Sie werden ihn bewundern, wenn Sie sein Drama „Die Wildente" gelesen haben werden."

„Gelesen —? Aber warum denn nicht spielen sehen, wenn Sie das Stück für so vortrefflich halten?"

Er machte eine Bewegung nach dem Direktor hin. Aber sie hielt ihn mit rascher Gebärde zurück.

„Nicht jetzt, bitte!" wisperte sie. „Er soll nicht denken, daß ich Sie veranlaßt habe."

Sie erzählte ihm von dem Kampf zwischen den beiden Parteien, die sich für und gegen Ibsen unter den Mitgliedern des Theaters gebildet hätten.

„Ich will mich nicht in den Verdacht bringen", schloß sie, „daß ich Sie als Bundesgenosse in diesem Kampf gegen die Vorurteile des Direktors und der anderen geworben habe."

Er lächelte.

„Schön! Also Schweigen für heute! Morgen will ich mir gleich das Stück besorgen und wenn ich es gelesen habe, werden wir einen Bund schließen mit dem Panier Ibsen."

Er streckte ihr die Hand entgegen, in die sie launig die ihre legte.

An einem der nächsten Abende spielte sie die große weibliche Rolle in Schönthans „Raub der Sabinerinnen", die Fräulein Walden ihrer Beachtung nicht wert befunden hatte, und erzielte damit einen großen Erfolg. Besonders lebhaft war der Beifall, der ihr aus der Proszeniumsloge rechts von der Bühne zuteil wurde.

Am Nachmittag darauf erschien Herr Faber in der Wohnung des Schauspielerpaares. Der Mäzen brachte einen großen Blumenstrauß, und Käthe dankte ihm mit aufrichtiger Freude.

Sie hatten kaum fünf Minuten geplaudert, als Roderich plötzlich aufsprang.

„Sie entschuldigen mich, Herr Faber", sagte er. „Das Regiekollegium hält eine wichtige Konferenz ab, da darf ich nicht fehlen."

Zögernd erhob sich auch der Ziegeleibesitzer.

„Da muß ich mich wohl auch verabschieden."

Aber Roderich widersprach lebhaft.

„Nein, nein, so ist es nicht gemeint. Sie sind ja doch eben erst gekommen. Meine Frau wird sich gewiß freuen, wenn Sie noch ein bißchen mit ihr plaudern."

Er blinkte Käthe lebhaft und gebieterisch zu und sie, die ja jetzt selbst ein Interesse hatte, den Mäzen nicht zu verletzen, stimmte höflich zu.

Als Roderich gegangen war, zog er ein Buch aus der Tasche.

„Die Wildente! Ich habe das Stück gelesen und bin ganz Ihrer Ansicht. Ein prachtvolles Werk! Und Sie würden die süße kleine Hedwig spielen."

Mit einem melancholischen Lächeln erwiderte sie:

„Das wird Fräulein Walden niemals zulassen."

„Oho! Das werden wir doch sehen! Ich werde dem Direktor sagen —"

Erschrocken wehrte sie ab.

„Nein! Um Himmels willen! Was soll er denken! Nein, das dürfen Sie nicht! Um keinen Preis!"

Er sah sie mit kopfschüttelnder Bewunderung an.

„Sie sind immer noch zu sehr Dame. Ich fürchte, Sie werden auf der Bühne keine Karriere machen."

„Man muß also seine menschlichen Eigenschaften verleugnen, wenn man Künstlerin werden will?" fragte sie, indem ihre Stirn sich unmutig kraufte.

Er nickte mit Überzeugung.

„Mit furchtsamer Bedenklichkeit, mit zarter Rücksichtnahme kommt man beim Theater nicht weit."

Sie zuckte resigniert mit den Schultern.

„Dann muß ich also auf die großen Erfolge verzichten."

„Nein, das sollen Sie nicht", unterbrach er sie lebhaft. „Wir werden nur etwas langsamer, auf einem Umweg, zum Ziel kommen."

Er sah sie mit sprechenden Augen an.

„Es ist für mich sehr verlockend, mir Ihren Dank zu verdienen, schöne Frau."

„Ich werde Ihnen meinen Dank beweisen, indem ich meinen ganzen Fleiß, mein bestes Können aufbiete, um Ihnen als Hedwig zu gefallen."

„Ihr Spiel wird gewiß eine Freude für alle sein, die Sie in der Rolle sehen werden, aber ich — darf ich nicht auf eine kleine Extra-Belohnung für mich allein hoffen?"

Sie begegnete seinem noch deutlicheren, lebhafterem Blick mit einem Lächeln.

„Bis zur Aufführung der „Wildente" bleibt mir noch hinreichend Zeit, über diese Frage nachzudenken."

Er begnügte sich, seufzend ihre Hand zu ergreifen und an seine Lippen zu führen. Darauf erhob er sich.

„Ich will Sie von meiner Gegenwart erlösen", sagte er mit ausdrucksvoller Resignation.

Ein diskret spöttischer Zug schwebte um ihre Mundwinkel, während sie erwiderte: „Oh, es war mir ein Vergnügen. Ich plaudere gern mit einem Herrn, der so viel Verständnis und Interesse für das Theater hat."

Sie standen sich gegenüber in der Nähe der Tür. Er weidete sich an ihrer schlanken, schön proportionierten Gestalt, und die Begierde, die sie in ihm zurückzuhalten verstanden hatte, sprühte wieder aus seinen Augen.

„Mein Besuch galt nicht nur der Künstlerin, er galt auch der schönen Frau."

Er beugte sich ihr entgegen; aber ihr Blick voll Hoheit und Strenge scheuchte ihn wieder zurück.

„Ich werde mich freuen und mich geschmeichelt fühlen, wenn ich als Künstlerin Ihr Interesse finde, als Frau habe ich nur den Ehrgeiz, meinem Mann zu gefallen."

Sie neigte verabschiedend ihr Haupt und ihm blieb nichts übrig, als nach unwillkürlich tiefer, respektvoller Verbeugung den Rückzug anzutreten.

*

Es war ein paar Tage später, in derselben Nachmittagsstunde, als eine Depesche für Roderich eintraf. Das war ein Ereignis in Käthes wenig abwechslungsreichem Eheleben, und mit zitternden Fingern, während ihr Herz angstvoll klopfte, riß sie das Telegramm auf, da Roderich, wie gewöhnlich um diese Stunde, ausgegangen war.

Von Tante Viola! Das hätte sie am wenigsten vermutet. Der Inhalt aber rief ihr lebhaftestes Mitgefühl hervor und erinnerte sie mit Rührung und Dankbarkeit an die, wenn auch nicht von großem Komfort begleitete, so doch liebenswürdig und herzlich gebotene Gastfreundschaft der alten Schauspielerin.

„Es geht mit mir zu Ende. Möchte Dich noch einmal sprechen."

Darunter ihr Name.

Käthe erschrak heftig und heiße Sorge befiel sie.

Roderich mußte sofort reisen. Aber zunächst hieß es, ihn von dem Wunsch der Sterbenden in Kenntnis zu setzen. Ohne weiter zu überlegen, legte sie Hut und Jackett an. Erst auf der Straße dachte sie nach, wo sie ihn suchen sollte. Er hatte ihr nichts über das Ziel seines Ausganges mitgeteilt. Aber er konnte doch nur bei einem Kollegen sein und das Nächstliegende war, beim Direktor und, falls sie ihn dort nicht traf, beim Oberregisseur nachzufragen.

(Fortsetzung folgt.)

Kleiderschrank
zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Verkaufe 100 Zentner
billige Äpfel
10 Pfund 6 Mark.
Unter 10 Pfund werden nicht abgegeben.
Rich. Schumann,
Lauchstedter Straße Nr. 21.

Ladenlokal
für ein feines Spezialgeschäft in guter Lage gesucht. Angebote unter 2116 an die Exped. d. Bl.

Wasch-Service
mit Gold und bunten Kanten, sehr billige Preise
C. F. Ritter
Halle a. Saale Leipziger Straße 90

Größeres Läuferschwein
zu verkaufen Benenien Nr. 1.

Große Ferkel
eingetroffen.
E. Baumann,
Gotthardtstraße 30.

Von der Reise zurück
Sanitätsrat Dr. Karow, Am Neumarktstor 2

Halte von Donnerstag mittag an einen Transport
großer und kleiner hannöverscher

Läuferschweine

im Gasthof „Zu den drei Schwänen" sehr preiswert zum Verkauf.
Robert Nickel.

Eine Milchziege
zu verkaufen Preußerstr. 16.

Ia Räucheraal
Bücklinge
sowie sämtl. and. Räucherwaren
Pa. Räucherheringe
:•: aus eigener Räucherei :•:
(Schotten, Sloe) empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen
(auch Postversand)
C. D. Nehls,
Fischräucherei u. Konservenfabrik
Berlin N 4, Chausseestr. 27.

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis Merseburg.

Stück 71 — Merseburg, 15. September — 1920

483] **Aufhebung des Ausfuhrverbotes für Hülsenfrüchte und Buchweizen.**

Nachdem die Zwangsbewirtschaftung der Hülsenfrüchte und des Buchweizens aufgehoben worden ist, wird auch das Ausfuhrverbot für diese Früchte hiermit aufgehoben.

Merseburg, den 10. September 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

484] Zur Durchführung des Entwaffnungsgesetzes sind im Kreise Merseburg fünf Ablieferungsstellen, und zwar bei den Polizeiverwaltungen der fünf Städte eingerichtet worden. Jede Polizeiverwaltung hat eine zuverlässige Persönlichkeit zum Leiter der Ablieferungsstelle bestimmt.

Es gehören zur:

Polizeiverwaltung Merseburg:
die Stadt Merseburg, die Ortschaften und Gutsbezirke der Amtsbezirke Wallendorf, Meuschau, Schkopau, Dürrenberg, Spergau, Leunawerke, Frankleben.

Polizeiverwaltung Lauchstedt:
die Stadt Lauchstedt, die Ortschaften und Gutsbezirke der Amtsbezirke Niederclobicau, Benkendorf und Holleben.

Polizeiverwaltung Schafstädt:
die Stadt Schafstädt und die Ortschaften und Gutsbezirke des Amtsbezirks Groß-Gräfendorf.

Polizeiverwaltung Lützen:
die Stadt Lützen, die Ortschaften und Gutsbezirke der Amtsbezirke Teuditz, Delitz a. S., Großgörschen, Kitzen, Altranstedt.

Polizeiverwaltung Schkeuditz:
die Stadt Schkeuditz, die Ortschaften und Gutsbezirke der Amtsbezirke Cursdorf, Altscherbitz, Papitz, Klein-Liebenau, Dölkau, Wehlitz.

Die Gemeindebehörden werden ersucht, unten stehendes Merkblatt, welches ihnen in Plakatform zugehen wird, sofort zum Aushang zu bringen und auch sonst noch für ortsübliche Bekanntmachung zu sorgen.

Merkblatt zur freiwilligen Waffenablieferung.

1. Wer muß abliefern?

Zur Ablieferung ist jedermann verpflichtet, der Militärwaffen in seinem Besitz hat. Von der Ablieferungspflicht ausgenommen sind lediglich die Angehörigen der Reichswehr, der Sicherheitspolizei und diejenigen Beamten, die die Waffen zur Ausübung ihres Berufs führen. Der Besitz eines Waffenscheins oder Jagdscheins entbindet nicht von der Ablieferungspflicht. Für Inhaber von Waffenlagern besteht Anmeldepflicht.

2. Wo müssen die Waffen abgeliefert werden?

Bei der von der Polizeiverwaltung in . . . . . eingerichteten Ablieferungsstelle.

3. Wann muß abgeliefert werden?

Vom 15. September bis 1. November 1920.

4. Wer erhält eine Prämie?

Wer in der Zeit vom 15. September bis 10. Oktober Waffen oder Munition abliefert, erhält die vollen Prämiensätze des untenstehenden Tarifs. Wer in der Zeit vom 11. Oktober bis 20. Oktober einschließlich abliefert, erhält die halben Sätze. Wer nachher bis zum 1. November abliefert, erhält keine Prämie mehr, genießt jedoch ebenso wie diejenigen, welche in der Zeit vom 15. September bis 20. Oktober abgeliefert haben, Straffreiheit.

5. Wie wird abgeliefert?

Es ist nicht erforderlich, daß der Besitzer seine Waffen selbst abliefert. Die Person des Abgebenden wird nicht festgestellt, eine Legitimation wird nicht verlangt. Es ist deshalb gleichgültig, ob die Ablieferung in der Heimatgemeinde oder an einem anderen Orte erfolgt.

Ablieferungspflichtige Waffen, Waffenteile und Munition und die für beschleunigte Ablieferung gewährten Stückprämien.

I. Für vollständige Waffen:

1. Geschütze	10 000 M
2. Geschütze unter 5 Zentimeter Geschoßdurchmesser	5 000 M
3. Minenwerfer	2 000 M
4. Maschinengewehre	1 000 M
5. Vorrichtungen, die zum Werfen von Sprengkörpern oder Gasbomben bestimmt sind	500 M
6. Flammenwerfer	500 M
7. Granatwerfer	50 M
8. Gewehrgranatenwurfbecher	20 M
9. Maschinenpistolen	300 M
10. Gewehre und Karabiner	100 M
11. Tankgewehre	500 M
12. Armeerevolver und Armeepistolen	30 M
13. Gewehrgranaten, Wurf- und Handgranaten	3 M

II. Für wesentliche Teile von Waffen:

1. von Geschützen:	
a) Rohr	3 000 M
b) Verschluß	2 000 M
c) Richtvorrichtung	1 000 M
2. von Minenwerfern:	
a) Rohr	500 M
b) Rücklaufbremse	500 M
3. von Flammenwerfern:	
a) Ringkessel	100 M
b) Gaskugel	100 M
4. von Maschinengewehren:	
a) Lauf	50 M
b) Schloß	20 M
c) Zuführer	10 M
5. von Maschinenpistolen, Karabinern und Gewehren:	
a) Schloß	10 M
b) Lauf	20 M
6. von Armeerevolvern oder Armeepistolen:	
a) Trommel	3 M
b) Gleitschiene	3 M
c) Lauf	3 M

III. Für Munition:

1. Ungebrauchte Artillerie- und Minenzünder	2 M
2. Handgranatenzünder, Sprengkörper und Sprengkapseln	50 ₰
3. Schußfertige Artilleriemunition für Kilogramm Gewicht	20 ₰
4. Patronen für Handfeuerwaffen jeder Art	10 ₰

6. Was geschieht mit den abgelieferten Waffen?

Die abgelieferten Waffen werden bei der Ablieferung sofort im Beisein des Überbringers von einem Beauftragten der Ablieferungsstelle unbrauchbar gemacht. Sie werden sodann unter ständiger Aufsicht abbefördert und der Vernichtung zugeführt.

7. Wen treffen die Strafbestimmungen des Gesetzes?

Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, mit Geldstrafe bis zu 300 000 M, in besonders schweren Fällen bis zu 10 Jahren Zuchthaus, wird bestraft:

1. wer nach dem 1. November 1920 Militärwaffen unbefugt in Gewahrsam hat oder der ihm obliegenden Anmeldepflicht bis zum 1. Oktober nicht nachgekommen ist (als Inhaber des Gewahrsams gilt auch der, in dessen Wohnung, Gebäude, auf dessen Grund und Boden oder Schiff sich Militärwaffen mit seinem Wissen befinden),
2. wer den vom Reichskommissar oder den Landes- bezw. Bezirkskommissaren auf Grund des Entwaffnungsgesetzes erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt,
3. wer seiner Anzeigepflicht nicht nachkommt,
4. wer nach Inkrafttreten des Entwaffnungsgesetzes ohne Genehmigung des Reichskommissars Militärwaffen herstellt, anbietet, feilhält, veräußert, erwirbt oder ihre Veräußerung und ihren Erwerb vermittelt,
5. wer öffentlich vor einer Menschenmenge oder wer durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Schaustellung von Schriften oder anderen Darstellungen zum Ungehorsam gegen das Entwaffnungsgesetz oder die auf Grund des Entwaffnungsgesetzes erlassenen Anordnungen des Reichskommissars auffordert.

Berlin, den 1. September 1920.

Der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung.
Dr. Peters.

Merseburg, den 14. September 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

485] **Anordnung,**

betreffend das Verbot der Ausfuhr von Pferden aus der Provinz Sachsen.

Auf Grund des § 9 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 (R.-G.-Bl. S. 1530), sowie der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers für die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages vom 2. Dezember 1919 und der hierzu erlassenen preußischen Ausführungsanweisung vom 6. Dezember 1919 wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Vom heutigen Tage an ist jede Ausfuhr von Pferden aus der Provinz Sachsen verboten.

Dieses Verbot erstreckt sich nicht auf Fohlen, die in dem Jahre 1920 geboren sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200915-18/fragment/page=0007

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärtigen Blättern

Verlobt.

Otto Oswald, Halle, mit Lydia Bitzmann, daselbst; Kurt Hirschfeld, Halle, mit Alice Meinicke, daselbst; Fritz Neschke, Kitzschmar, mit Gertrud Bärwald, Halle; Paul Ockert, Halle, mit Friedel Naumann, das.; Albert Gräf, Weißenfels, mit Helene Delitz, daselbst.

Vermählt.

Erwin Kleiner mit Frau Elsbeth geb. Hippert, Halle; Siedlungssekr. Rose mit Frau Irmgard geb. Prüfer, Zeitz.

Geboren.

Fritz Pulsfort, Gröbers 1 S.

Gestorben.

Halle: Witwe Antoinette Brückner geb. Schleyer, Halle (77 J.)

Schlafstelle offen
Neumarkt 63, 1 Tr.

Junge Leute ohne Kinder **suchen ein möbliertes Zimmer**, möglichst mit Kochgelegenheit. Angeb. unt. 2119 an die Exp. d. Bl.

Junges, besseres, kinderloses Ehepaar sucht **möbliertes Zimmer** mit Kochgelegenheit ab 1. 10. oder spät. Ang. u. 2013 a. d. Exp. d. Bl.

Beamter sucht zum 1. Oktober **möbliertes Zimmer.** Ang. unt. 2120 an die Exp. d. Bl.

Mutter und Tochter suchen **möbliertes Zimmer** mit Kochgelegenheit (2 Betten). Bettwäsche vorhanden! Angeb. unter 2129 an die Exp. d. Bl.

Junger kaufm. Beamter sucht per sofort **gut möbl. Zimmer.** Angebote an Schäfer, Hotel Dammschlöß.

Älterer Monteur sucht für dauernd **möbliertes Zimmer.** Angeb. unt. 2125 a. d. Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer gesucht von jungem Herrn. Ang. unt. 2127 a. d. Exp. d. Bl.

Mitleid! Anst. bess. Witwe sucht leeres Zimmer mit Ofen. W. Ang. bitte unt. 2131 an die Exp. d. Bl.

Statt Karten

Für die so zahlreich erwiesenen Aufmerksamkeiten anlässlich unserer gestern vollzogenen Vermählung sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank

Merseburg, den 15. September 1920

Karl Bischoff und Frau
Martha geb. Stöbe

Für die vielen Spenden und das treue Geleit zur letzten Ruhestätte unseres lieben Entschlafenen, des Hilfsweichenstellers

Hermann Schwiontek

sagen wir dem Eisenbahn-Beamten-Verband und -Verein sowie allen Freunden und Bekannten unseren **innigsten Dank!**

Merseburg, den 14. September 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Nachruf!

Am 12. d. Mts. entriß uns der Tod nach harter Krankheit unser treues, langjähriges Mitglied

Willy Ockler

Durch seine aufopfernde Tätigkeit, die er im Verein geleistet hat, sowie durch seinen aufrichtigen und ruhigen Charakter war er uns stets ein vorbildlicher Sportsfreund. Sein Name wird noch lange über das Grab hinaus in unserem Verein in gutem Andenken bleiben.

Ballspiel-Club Preußen / e. V. Merseburg.

Neuer Anzug f. gr. schl. Figur zu verkaufen W. Mauer 38, Bar. II, Wohng. 6.

1 Paar Kinderschuhe (Gr. 22) zu verkaufen Lauchstedter Straße 34, 1 Tr.

Wohnungstausch. Tausche 2 Zimmerwohnung mit Küche und Zubehör in Magdeburg, Wilhelmstadt, gegen gleiche in Merseburg sofort oder später. Ang. unt. 2121 an die Exp. d. Bl.

Wohnungstausch Kahla b. Jena geg. Merseburg oder Umgegend. Angebote erb. an W. Kämpf, Kl.-Kayna, Abraum Besta.

Werkstatt-räume ebenerdig, evtl. mit Keller, sofort oder später zu mieten oder Grundstück zu kaufen gesucht. Ang. unt. 2126 a. d. Exp. d. Bl.

Am Gerichtsrain sind zwei Hauspläne zu verkaufen. Näh. bei Wiegand, Mälzerstraße 8.

1–3-Famil.-Haus mit Garten, in oder bei Merseburg. Wohnung möglichst frei, jedoch nicht Bedingung, bei 20–30000 Mk. Anzahlung gesucht. Ang. u. 2118 a. d. Exp. d. Bl.

Gutgeh. Geschäft, gleich w. Art, bei hoh. Anz. per sof. od. sp. z. kauf. ges. Ang. u. 2133 an die Exp. d. Bl. erbeten.

40 bis 50000 Mk. Hypothek zur 2. Stelle zu leihen gesucht. Angebote unter 2080 an die Exped. d. Bl.

2000 Mark gegen gute Verzinsung und vierteljährl. Rückzahlung i. festang. Beamter. Ang. unt. 2123 an die Exp. d. Bl.

Eine Dammsche Klavierschule sucht zu kaufen Marks, Leuna Nr. 48.

Eine Matratze (95×185 cm) zu kaufen gesucht. Offerten an Blaschak, Neu-Rössen, Mittelstraße 6.

Eine eiserne Bettstelle mit Matratze oder Feldbett zu kaufen gesucht. Angebote unter 2122 an die Exped. d. Bl.

Tausche große Zuchtziege (6 Monate) gegen Bock. Würker, Leunaer Str. 24.

Ueberzieher neu, für schlanke Figur passend, zu verkaufen Brühl 2.

Heilquellen Neu-Ragoczy
Niederlage: Gotthardt-Drogerie, Merseburg. Gotthardtstrasse, Telephon 263

Vier- und fünfjährige dänische u. holsteiner **Pferde** stehen preisw. zum Verkauf.
Fritz Müller, Balditz-Dürrenberg. Tel. 7.

Elektromotore
Installationsmaterialien
Beleuchtungskörper
Plätteisen und Kochapparate
Glühlampen
zu Tagespreisen
Günther Liebmann
Entenplan 6 :: Markt 20
Fernsprecher 360
Spezialhaus für Elektrotechnik und Maschinenbedarf
Im Kleinen! Im Grossen!
Fabrikations- u. Reparaturwerkstätte elektrotechnischer Apparate

Die Hilfe
Zeitschrift f. Politik, Literatur u. Kunst
Begründer: D. Friedrich Naumann.
Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer.
Fast 25 Jahre von Naumann geleitet, in seinem Geiste von seinen alten Mitarbeitern fortgeführt!
Das nationale und soziale Blatt der Demokratie!
Probeheft kostenfrei. Vierteljahrespreis 10 M.
Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Neue schicke **Damen-Halbschuhe** (schwarz), Gr. 36, preiswert zu verk. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

1 Herrenzylind. (59), 1 Chapeau Claque (58½), neue und wenig getr. Herren-Stehklappkragen (43), 1 Paar Herren-Gummischuh zu verkaufen. Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

Neue Federboa zu verkaufen Halleiche Str. 73, 2 Tr., links.

1 Kinder-Klappstuhl zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Geldschrank, Gitarre, Aschen-eimer und Hundehütte umzugshalber zu verkaufen Hallesche Straße 25.

1 Edbant (Eiche) mit Umbau, 1 runder Tisch (Eiche), 1 nußbaumner Kleiderschrank zu verk. Obere Burgstraße 5.

Ein guterhalt. Fahrrad mit Freilauf und guter Bereifung zu verk. Breite Str. 14, pt.

Bügeleisen, Tiegelaunsätzen, Messerputzmaschine und Sonstiges zu verkaufen. Zu erfrag. in der Exped. d. Bl.

Handwagen so gut wie neu, mittelgroß, äußerst kräftig, Handarbeit, preiswert zu verkaufen Gotthardtstraße 25, im Laden.

Achtung! Ein sehr guterhaltenes **Jagdgewehr** preiswert meistbietend zu verkaufen. M. Nowka, Körbisdorf, Zuckerfabrik.

Heinrich Hetzler
Merseburg
Kirchstraße Nr. 7
liefert
Metall- und Kautschuk-**Stempel**

§ 2.

In wirtschaftlich dringenden Einzelfällen können Ausnahmen von dem Pferdeausfuhrverbot von dem Viehhandelsverbande der Provinz Sachsen gestattet werden.

§ 3.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 200 000 ℳ oder mit einer dieser Strafen bestraft. (§ 11 des Ausführungsgesetzes des Friedensvertrages vom 31. August 1919, R.-G.-Bl. S. 1530.)

Magdeburg, den 4. September 1920.

Der Oberpräsident.
J. V.: gez. Unterschrift.

O. P. 13372 L.

Anträge auf Ausnahmen von dem Pferdeausfuhrverbot sind an den Kreisausschuß zu richten.

Merseburg, den 13. September 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

486] **Aufhebung der öffentlichen Kartoffelbewirtschaftung.**

I. Durch Verordnung vom 24. 8. 1920 (R.G.Bl. S. 1609) ist die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln mit Wirkung vom 15. 9. 1920 aufgehoben. Somit treten außer Kraft:

1. Die Verordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. 7. 1918 (R.G.Bl. S. 738) mit Ausnahme des § 6;
2. die Verordnung über die Kartoffelversorgung vom 4. 9. 1919 (R.G.Bl. S. 1511);
3. die Verordnung über Kartoffeln vom 11. 11. 1919 (R.G.Bl. S. 1879).

Durch Zeitablauf sind außer Kraft getreten:

1. Die Verordnung über Saatkartoffeln aus der Ernte 1918 vom 2. 9. 1918 (R.G.Bl. S. 1092),
2. die Verordnung über Saatkartoffeln aus der Ernte 1919 vom 4. September 1919 (R.G.Bl. S. 1513);
3. die Verordnung über Saatkartoffeln vom 7. Februar 1920 (R.G.Bl. S. 201).

Die Verordnung über die Versorgung mit Herbstkartoffeln vom 21. Mai 1920 (R.G.Bl. S. 1056) ist insoweit aufrecht erhalten, als ihre Vorschriften die Durchführung der auf ihrer Grundlage abgeschlossenen Lieferungsverträge betreffen. Es bleiben mithin in Kraft § 3 Abs. 2, § 5 Abs. 1 und 3, § 6 Abs. 2, § 7, § 8, § 9, § 11 und 12, während die übrigen Vorschriften in Fortfall kommen.

II. Alle Verbote und Beschränkungen der Aus- und Einfuhr von Kartoffeln über die Grenzen eines Kommunalverbandes oder eines Landesteiles innerhalb des Reichsgebietes sind aufgehoben.

III. Der Preis der freien Kartoffeln soll sich zunächst durch Angebot und Nachfrage selbständig regeln; von einer behördlichen Preisfestsetzung ist daher bis auf weiteres Abstand genommen worden. Gegen wucherische Preistreiberei kann auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eingeschritten werden.

IV. Auch der Verkehr mit Saatkartoffeln im Wirtschaftsjahr 1920/21 ist keinen Beschränkungen mehr unterworfen. Richtpreise für Saatkartoffeln sind nicht festgesetzt.

V. Der Handel mit Kartoffeln ist nach der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. Juni 1916 (R.G.Bl. S. 581) an die Erteilung einer besonderen Erlaubnis gebunden.

Merseburg, den 14. September 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

487] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Die Maul- und Klauenseuche in den Viehbeständen:

1. der Rittergüter **Geusa, Bündorf** (Beyling), **Delitz a. B., Beuchlitz** (Ochsenhof), **Schkopau** (Seydelshof),
2. des Landwirts **Schrey in Schkopau,**
3. der Landwirte **Rud. Buschendorf, Reinhold Jänichen und Paul Richter in Spergau,**
4. der Zuckerfabrik **Schafstädt in Schafstädt,**
5. des Landwirts **Kahle in Knapendorf,**
6. der Landwirte **Keck, Kabitzsch, Lindner, Heinichen, Theodor Thamm und Paul Jahn in Altranstädt,**
7. des Landwirts **Lille in Deglitzsch**

ist erloschen. Die Sperrmaßregeln werden hiermit aufgehoben.

Merseburg, den 14. September 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

488] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.G.Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Gehöfte:

1. des **Max Penndorf, Georg Blume, Otto Schaaf, Richard Blume, Karl Götze, Emil Hoffmann** und **Paul Blume** in **Zitzschen,**
2. der Landwirte **Franz Schlag, Oswald Burkhardt, Paul Jähnicke, Hermann Schladebach, Paul Opitz, Alwin Renker, Alfred Schmidt** und **Alfred Thomas** in **Gr. Schkorlopp,**
3. des **Karl Schellenberg, Karl Baatzsch** und **Ottomar Batzschke** in **Lützen,** Teichstraße 4, bezw. Moltkestraße 27,
4. **Kolonie Leuna Nr. 12** wegen der im Viehbestande der Bergarbeiter **Heinrich** und **Walter Dranszy, Mittsching** und **Wittstock** ausgebrochenen Seuche,
5. des Landwirts **Gottfried Hake** in **Geusa** Nr. 18,
6. der Landwirte **Gustav Gaudig** und **Karl Schunke** in **Atzendorf,**
7. der Landwirte **Arthur Wolf, Hermann Weißhahn, Philipp Kurth** und der Wwe. **Meißner** in **Zscherben,**
8. der Domäne **Schladebach,**
9. der Landwirte **Otto Berger, Alfred Berger, Max Teichmann, Otto Spilke, Gebr. Gürtzsch, Hermann Martinsohn** und **Arthur Poppe** in **Schladebach,**
10. der Landwirte **Paul Erler** und **Theodor Buschendorf** in **Witzschersdorf,**
11. der Landwirte **Richard Brethner, Oscar Walter, Paul Görre, Oscar Schwalbe, Alwin Schwalbe** und **Gustav Scharneck** in **Lauchstedt,** Markt 97, 98, 60, Parkstraße 172, Naumburgerstraße 132, St. Ulrich 206, der **Versuchswirtschaft** und des **Emil Mitbrodt** in **Lauchstedt,** Merseburgerstraße Nr. 87 und Lindenstraße 23 a,
12. des Landwirts **Max Wendenburg** und des Arbeiterhauses der Wwe. **Schröder** in **Schotterey,**
13. der Wwe. **Anna Schlegel,** des Gutsbesitzers **Walter Hochheim,** des Landwirts **Arthur Schinke** in **Gr. Gräfendorf,**
14. des **Friedrich Klee** in **Benenien,**
15. des Landwirts **Gustav Haring** in **Lössen,**
16. der Landwirte **Bruno Fiedler, Arthur Weicker** und **Erhardt Horn** in **Ennewitz,**
17. des Landwirts **Oscar Zwarg** in **Göhren,**
18. des Landwirts **Paul Wilde** in **Pretzsch,**
19. des Gehöftes **Werderstraße 1** in **Merseburg,**
20. des **Franz Fuß** und **Grimm** in **Schafstädt,** Langestraße Nr. 70 bezw. Topfmarkt Nr. 153,

bilden je einen Sperrbezirk.

§ 2.

Es treten die in der viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Regierungspräsidenten vom 13. Juli 1920 (Amtl. Anzeiger Stck. 61 Nr. 416) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 17. September 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

489] **Gemeindevorsteher- und Schöffenwahl.**

Auf noch nicht festgesetzte Zeit gewählt und von mir bestätigt sind die Nachstehenden:

Gemeinde	Gemeindevorsteher	I. Schöffe	II. Schöffe	Ersatzschöffe
Dürrenberg	Kerkfick, Hugo Berginspektor	Leonhardt, K., Gradiermstr.	Helfer, Willy, Landeskulturamts-Vermessungssekretär und Amtsvorsteh.	Gladigau, H., Schuhmachermeister
Göhlitzsch	Hellmuth, Rud., Landw.	Böhme, Gust., Gastwirt	—	—
Leuna	—	—	—	Lorber, Gust., Werkmeister
Oberclobicau	—	Meyer, Paul, Bäckermstr.	—	—
Rahna	—	Rudolf, Artur, Landwirt	—	—
Spergau	Dunzel, Curt, Landwirt	—	—	—

Ich bringe dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Merseburg, den 9. September 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

490] **Textilnotstandsware.**

Das Reichskleiderlager in Halle a. S. hat dem Kommunalverband als Notstandsware etwa 978 m schw. Moleskin zum Einkaufspreise von Mk. 12,50 für das Meter zur späteren Abgabe an die bedürftige Bevölkerung zugeteilt.

Diejenigen Kleinhändler, welche den Verkauf übernehmen wollen weise ich unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 30. Juni 1920 darauf hin, daß, nachdem das Reichskleiderlager den Ankaufsschein ausgestellt hat, die Abholung der Ware von Halle oder auf Wunsch auch ihre Uebersendung durch das Reichskleiderlager erfolgen kann.

Die Abnahmebescheide sind spätestens bis zum **22. September 1920** dem Reichskleiderlager in Halle mitzuteilen, da sonst über die Ware anderweitig verfügt wird.

Merseburg, den 15. September 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200915-18/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld besonders.
Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“ und „Amtsblatt der Stadt Merseburg“, der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd“ und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 207 | Mittwoch den 15. September 1920 | 47. Jahrg.

Neue Freundschaft zwischen Frankreich und Italien.

Zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten Giolitti und dem französischen Ministerpräsidenten Millerand ist über das Ergebnis der mehrtägigen Besprechung in Aix-les-Bains eine gemeinsame Erklärung vereinbart worden, die in langen Satzreihen und sorgfältig gewählten Ausdrücken nicht viel mehr besagt, als daß man in allen wichtigen Punkten der Politik einig gewesen sei. Der Ton dieser Erklärung ist dann auch auffallend freundschaftlich gehalten, so daß die Spannung der letzten Monate zwischen Italien und Frankreich nicht mehr herauszuhören ist. Wie weit wirklich alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Staatsmännern völlig überwunden worden sind, darüber gibt die offiziöse Kundgebung natürlich keinen Aufschluß.

Eins geht nur mit aller Deutlichkeit aus der Erklärung von Aix-les-Bains hervor: Die Interessen Deutschlands sind dort von Giolitti als Tauschobjekte gegenüber Millerand benutzt worden, um Italien Zugeständnisse Frankreichs in der Adriafrage zu verschaffen. Von dieser Frage wird in der Kundgebung mit besonderem Nachdruck gesprochen, und es wird ihre Regelung einer direkten Verständigung zwischen den Interessen anheimgestellt. Frankreich verpflichtet sich aber im voraus, das Ergebnis einer solchen Verständigung zu respektieren. Das ist allem Anschein nach der greifbarste Vorteil, der für Italien bei dieser Ministerzusammenkunft herausgesprungen ist.

Natürlich hat auch Frankreich seinen Vorteil davongetragen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man ihn darin sieht, daß sich der italienische Staatsmann bereit gefunden hat, Frankreich gewisse Zugeständnisse in seinen Plänen gegenüber Deutschland zu machen. Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund war von Giolitti in letzter Zeit häufig gefordert worden und es hieß, daß auch Lloyd George mit dieser Forderung übereinstimmt. Frankreich wünsche die Zulassung noch auf lange zu verhindern. Jetzt ist eine Einigungsformel darüber zustande gekommen, wonach „nur die Gewißheit der Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles den feindlichen Ländern das Recht gibt, dem Völkerkonzern anzugehören“. Es wird also eine Bewährungsfrist von Deutschland verlangt. Pressevertretern gegenüber hat später Giolitti diesen Satz noch dahin erklärt, daß Deutschland den Willen zum Ausdruck bringen müsse, den Friedensvertrag auszuführen, und daß es allein von Deutschland abhängt, ob dieser Zeitpunkt nahe oder fern sei. Wer das als eine Milderung der bisherigen französischen Auffassung ansehen will, mag es tun. Wir vermögen darin nur eine unwillkommene Annäherung des bisherigen italienischen Standpunktes an den französischen zu erblicken.

In der Kundgebung wird auch versichert, daß der Geist wohlwollender Mäßigung die Politik der Alliierten bestimmen werde. Die Sieger, so wird behauptet, besäßen eine Loyalität ohne Einschränkung. Das klingt sogar schön, ist aber im letzten Grunde nichts als Selbstlob. Wie wertlos derartige Versicherungen sind, beweisen die zahlreichen Demütigungen, welche die französische Politik in die letzte Zeit hinein dem deutschen Volke auferlegt hat. Man wird darnach gut tun, auf diese schönen Worte keine deutschen Hoffnungen aufzubauen.

Neu in der bekanntgegebenen Einigungsformel sind nur die Sätze über die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu Rußland. Hier scheint Giolitti seinen Kollegen Millerand bekehrt zu haben. Allerdings hat schon das Entgegenkommen der englischen Regierung gegenüber Sowjetrußland die schroff ablehnende Haltung der französischen Regierung stark erschüttert. Nun hat der italienische Staatsmann das Werk vollendet und Millerand zur Anerkennung der Handlungsfreiheit der Sowjetregierung bestimmt. Allerdings ist auch hier keineswegs sicher, ob es sich tatsächlich um eine Wendung in der französischen Politik oder nur um schöne Redensarten handelt, die Millerand im gegebenen Augenblick für notwendig hielt.

Alles in allem muß das Ergebnis der Beratung von Aix-les-Bains wieder einmal dazu beitragen, falsche deutsche Hoffnungen zu enttäuschen. Lange ist Giolitti in Deutschland als Fürsprecher und Freund angesehen worden, von dem man erwartete, daß er den haßerfüllten Aspirationen der französischen Politik nachdrücklich entgegentreten und Millerand zur Besonnenheit bewegen werde. Das Ergebnis ist ein ganz anderes gewesen. Deutschland hat offenbar von Giolitti nicht mehr zu hoffen, als von Lloyd George und Millerand. Es bleibt auch in Zukunft auf sich selbst gestellt und kann die grausame Härte des Versailler Vertrages nur überwinden durch Einmütigkeit und Geschlossenheit im Innern und durch Bekundung des guten Willens zur Vertragserfüllung nach außen. Daneben aber wird es nach wie vor seine Aufgabe sein, jede Gelegenheit erneut zu benutzen, um den Rechtsstandpunkt gegenüber dem Machtgefühl der Sieger zu betonen und das Weltgewissen nach dieser Richtung hin ständig wachzuhalten.

*

Die amtliche französisch-italienische Erklärung.

Aus Paris wird gemeldet: Ein sehr ausführliches Kommuniqué schließt die Beratungen zwischen Millerand und Giolitti in Aix-les-Bains. Es heißt darin: Der italienische und der französische Ministerpräsident tauschten ihre Anschauungen in freundschaftlichem Geiste und vollstem Vertrauen sowohl über die Lage in Europa als auch über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen von Frankreich und Italien miteinander aus. Sie waren glücklich, eine allgemeine Gemeinschaft der Interessen der beiden Länder anzuerkennen. Sie beschlossen, in vollem Einvernehmen die Lösung der schweren Probleme zu studieren und zu prüfen, die durch den Krieg aufgeworfen wurden und noch durch den Frieden zu lösen sind. Der wichtigste Punkt ist und bleibt die allgemeine Pazifikation unter billigen Bedingungen. Die Herren Giolitti und Millerand erkannten und erkennen an, daß die Grundlage eines solchen Friedens ein enges Einvernehmen der Alliierten in der Welt bleibt und besonders in Europa das Einvernehmen zwischen England, Italien und Frankreich. Die Ausführung des „Friedensvertrages von Versailles“ ist für Frankreich eine Lebensfrage, und die normale Achtung vor den eingegangenen Verpflichtungen ist die wesentlichste Grundlage für die Völker, die den Völkerbund bilden wollen. Die Unabhängigkeit und die Freiheit Polens, die gegen jeden Angriff innerhalb der ethnograhischen Grenzen Polens sichergestellt sein muß, ist der Zweck, der ebenfalls von beiden Regierungen erstrebt wird. Der französische und der italienische Ministerpräsident prüften eingehend die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Über eine Reihe von Spezialfragen hat ein Studium dazu geführt, festzustellen, daß mehr freundschaftliche Beziehungen für den Schutz der Interessen notwendig sind. Man faßte Beschlüsse über die Notwendigkeit einer Entente der beiden lateinischen Länder, die auf gegenseitiger Achtung vor der politischen Auffassung und auf gegenseitigem Verständnis der wirtschaftlichen Bedürfnisse aufgebaut sein müsse. Sie kamen überein, alle Anstrengungen zu machen, damit die Allianz zwischen Frankreich und Italien vom gegenseitigen Vertrauen getragen sei, worin diese beiden Völker, die zusammen kämpften und siegten, die Entwicklung ihrer nationalen Bestimmung erblicken.

Wie es zur Abfassung der französisch-italienischen Erklärung kam.

Paris, 14. Sept. Der gestrige Tag in Aix-les-Bains war mit der Abfassung des offiziellen Kommuniqués Millerands mit Giolitti ausgefüllt. Ursprünglich hatten die Italiener ein Kommuniqué ausgearbeitet, das die Billigung der Franzosen nicht fand, worauf diese ein von dem Direktor des Auswärtigen Amtes, Philipp Berthelot, ausgearbeitetes Kommuniqué vorlegten. Die Einigung erforderte viel Zeit, und das endgültige Dokument beweist deutlich, daß es zum Teil italienischen, zum Teil französischen Ursprungs ist.

Daß die neue politische Orientierung starke Rückwirkungen auf die Jugoslawen haben wird, ist mit Sicherheit anzunehmen, und der Kleinen Entente könnte bald eine politische und militärische Bedeutung zukommen, die für die Unterhändler in Aix-les-Bains nicht allzu erfreulich wäre. Daß Millerand mit der Kleinen Entente nichts zu tun haben will, möchte man daraus schließen, daß er den rumänischen Ministerpräsidenten Take Jonescu sehr kühl empfing und nach wenigen Minuten in auffälliger Form wieder entließ, während Giolitti sich lange mit Take Jonescu unterhielt. Dieser scheint übrigens auch von der Unterredung mit Giolitti nicht allzu befriedigt gewesen zu sein, da er den Journalisten erklärte, er sei bereit, Giolitti alle bisher in der Frage der Kleinen Entente gewechselten Schriftstücke zur Kenntnis zu bringen, um zu beweisen, daß diese keine feindseligen Absichten habe. Außer in der Adriafrage erhielt Giolitti zweifellos schwerwiegende Zugeständnisse in wirtschaftlicher Hinsicht. Frankreich verpflichtet sich, die Eisenbahn von Nizza nach Coni auszubauen und will Italien 60 000 Tonnen von den früheren österreichisch-ungarischen Kriegsschiffen überlassen. Aber auch dieses Zugeständnis an Italien soll wieder einmal auf Kosten Deutschlands erfolgen. Es wird nämlich nur dann erfüllt werden können, wenn die von Deutschland für die Entente zu erbauenden Schiffe als Kompensation Frankreich überlassen werden, wozu natürlich England seine Zustimmung zu geben hätte, wie überhaupt England in allen Angelegenheiten, die in Aix-les-Bains geregelt wurden, das letzte Wort zu sprechen hat.

Der Kartoffelpreis in Thüringen.

Weimar, 15. Sept. (T.-U.) Über die Festsetzung des Kartoffelpreises in Thüringen fanden hier weitere Beratungen zwischen den Vertretern der beteiligten Kreise statt, die zu der erwarteten alle Beteiligte befriedigenden Verständigung führt. Das Angebot des Thüringer Landbundes, sowohl Vertragskartoffeln als auch die vertragsfreien Kartoffeln den Zentner frei Abgangsstelle für 20 Mark unter der Bedingung liefern zu wollen, daß für die etwaige Anfuhr nicht über 20 ₰ je Zentner und Kilometer berechnet werde, wurde angenommen.

Kommunistische Agitation gegen das Spa-Abkommen.

Bochum, 15. Sept. (WTB.) Seit dem 1. September ist die deutsche Kohlenlieferung an die Entente um fast 20 Prozent hinter den Spaer Verpflichtungen zurückgeblieben. Die Ententekommission in Berlin hat an den alliierten Rat Mitteilung über die kommunistische Agitation im Ruhrrevier gegen die Ausführung des Abkommens von Spa gemacht. Sie bemerkte dabei besonders, daß die deutsche Regierung keine Maßnahmen gegen die Agitation ergriffen habe, und daß diese Haltung die Erfüllung des Kohlenabkommens ernstlich gefährde.

Versammlungsverbot in München.

München, 15. Sept. (WTB.) Der Staatskommissar hat aus Gründen der öffentlichen Sicherheit die für heute angesetzte öffentliche Versammlung des republikanischen Führerbundes verboten.

Polnische Richtlinien für den Waffenstillstand.

Warschau, 15. Sept. (T.-U.) Der nationale Verteidigungsrat hat den Delegierten für Riga als Richtlinie für den Waffenstillstand die Linie bezeichnet, an welcher sich am Tage des Abschlusses des Waffenstillstandes die beiderseitigen Truppen befinden. Sollte in Riga über den definitiven Frieden verhandelt werden, so soll als politische Grenzlinie die sogenante deutsche Linie im Norden und die Zbrucz-Linie im Süden gelten. — Inzwischen haben die Truppen der 3. polnischen Armee Wladimir-Wolynsk erobert und viele Beute und Gefangene gemacht.

Die Streiklage in Italien.

Lugano, 15. Sept. In Mailand besetzten in der Nacht bewaffnete Arbeiter zwei Güterbahnhöfe und führten 44 mit Rohmaterialien beladene Eisenbahnwagen in die besetzten Fabriken. In Turin wurden 10 weitere Baumwoll-, Seifen- und Wirkwaren-, Silber- und Goldwarenfabriken von den Arbeitern besetzt. Mit Ausnahme von Turin, wo zwei Arbeiter getötet wurden, ist der gestrige Tag ruhig verlaufen. Verhandlungen zwischen den nationalen Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer begegnen neuen, sehr ernsten Schwierigkeiten. Die in Mailand versammelten Industriellen forderten als Vorbedingung jeder weiteren Verhandlung die Räumung der Fabriken und die Wiederherstellung ihrer Besitzrechte. Der Gewerkschaftsbund fordert dagegen als Verhandlungsbasis die Anerkennung des gewerkschaftlichen Kontrollrechts der Arbeiter über die technische und

Englisches Ausfuhrverbot für Kohlen.

Christiania, 15. Sept. Nachrichten aus England zufolge wird vorläufig keine Ausfuhrerlaubnis für englische Kohlen erteilt werden. Ein offizielles Ausfuhrverbot ist in nächster Zeit zu erwarten.

Vor dem Rücktritt des französischen Präsidenten.

Paris, 15. Sept. (WTB.) Wie der „Matin“ in Sperrdruck mitteilt, hat sich der Gesundheitszustand des Präsidenten der Republik Deschanel am letzten Freitag merklich verschlimmert. In Abgeordnetenkreisen spricht man von der Möglichkeit seines unmittelbaren Rücktritts. Der Minister des Innern hat sich sofort nach Aix-les-Bains begeben, um den Ministerpräsidenten Millerand von der Lage zu unterrichten. Sofort nach seiner Rückkehr wird sich der Ministerrat mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Wie das „Journal“ dazu mitteilt, rechnet man damit, daß im Laufe der nächsten Woche eine Zusammenberufung des Parlaments zu einer außerordentlichen Tagung erfolgt, in der der Rücktritt Deschanels und das Dekret über die Einberufung der Nationalversammlung vorgenommen werden soll, die verfassungsgemäß innerhalb 48 Stunden nach dem Rücktritt des Präsidenten zusammentreten muß.

Zur englischen Bergarbeiterbewegung.

Amsterdam, 15. Sept. (WTB.) „Telegraaf“ meldet aus London, daß sich die Aussichten auf eine Regelung der englischen Bergarbeiterbewegung verbessern. Die „Times“ veröffentlichen einen Brief Smillies, in dem dieser kategorisch in Abrede stellt, daß der Kampf der Bergarbeiter um die Sozialisierung gehe und politischen Charakter trage.

Militärische Ehren für Giolitti.

Paris, 15. Sept. (T.-U.) Giolitti ist gestern nach Italien abgereist. Bei seiner Abreise von Aix-les-Bains wurden ihm militärische Ehren erwiesen und italienische und französische Nationallieder gespielt.

Russische Schmiergelder abgelehnt.

Amsterdam, 15. Sept. (WTB.) Laut „Telegraaf“ hat die Direktion des „Daily Herald“ beschlossen, die von der russischen Regierung angebotene Unterstützung von 75 000 Pfund Sterling nicht anzunehmen und den Redakteur Meynel, der das Geld angenommen hat, zu entlassen.

Niederlage der Demokraten in Nordamerika.

London, 15. Sept. (WTB.) Laut „Telegraaf“ meldet die „Times“ aus Washington, daß die Demokraten bei den örtlichen Wahlen im Staate Maine eine vernichtende Niederlage erlitten haben. Der republikanische Gouverneur wurde mit einer Stimmenmehrheit von 60 000 Stimmen gewählt. Alle Kongreßmitglieder und alle Behörden von Maine werden republikanisch sein. Die Unbeliebtheit Wilsons scheint an der Niederlage der Demokraten schuld zu sein.

Überfall eines englischen Postzuges in Irland.

Berlin, 15. Sept. (WTB.) Nach einer Havas-Meldung aus London ist gestern früh der Postzug, der die gesamte englische Post für Dublin und Cork enthielt, überfallen und die Post weggenommen worden.

Untergang eines Kohlendampfers.

Aarhus, 15. Sept. (T.-U.) Der mit Kohlen von Newcastle unterwegs befindliche Dampfer „Memel“ ist überfällig. Man befürchtet, daß er während des letzten Sturmes in der Nordsee untergegangen ist.

Deutschland und der Völkerbund.

Rom, 14. Sept. Giolitti hat von Lloyd George in Luzern die sofortige Aufnahme Deutschlands und Österreichs in den Völkerbund verlangt und erklärt, daß dies das einzige Mittel sei, um aus dem Chaos herauszukommen. Lloyd George hat, wie jetzt erst bekannt wird, sich diesem Verlangen Giolittis zum Teil angeschlossen und erklärt, wenn Deutschland und Österreich weiter ihren guten Willen bei Erfüllung des Friedensvertrages zeigen, der Aufnahme dieser Staaten im Laufe des kommenden Jahres nichts im Wege stehe. Die durch die amtliche Veröffentlichung über die Zusammenkunft Giolittis mit Lloyd George zutage getretene Enttäuschung ist nach dieser […]ung Giolittis einer gün[…]reifen wird erklärt, daß […]der durch den „Friedens[…]gen durchgesetzt habe.

[…] von Genf?

[…]re della Sera“ soll Gio[…]ben, die auf den 24. Sep[…]zu vertagen.

[…]lkerbundes.

[…]he Bureau erfährt, wird […]nlung des Völkerbundes […]mentritt. England wird […]treten sein. Neben dem […] der internationalen Zu[…]steht auf der Tagesord[…]dy; man erwartet aber, […]dieser Sitzung nicht zur […]ung am 20. Oktober in […]anting, Baron Mark und […]l und Idman, die finni[…]nhagen.

[…]uhrverhinderung

[…] daß der französische […]in neuen Protest er[…] Verhinderung der […]n im Kieler Kanal. […] der Stellung von Scha[…]

[…] Verkauf gestellt.

[…]achtschiffe.

[…]er Mitteilung hat Lord Inchcapo im Auftrage der Schadenersatzkommission den Verkauf der von Deutschland ausgelieferten Handelsschiffe an englische Reeder übernommen. Wie der Premierminister im Unterhause angegeben hat, handelt es sich um etwa zwei Millionen Tonnen Schiffsraum, die England zugefallen sind, das heißt 42 Passagierdampfer und etwa 106 Frachtschiffe. Es handelt sich, wie aus dem Verzeichnis ersichtlich, zum Teil um Deutschlands schönste und stolzeste Schiffe, die den Ruhm deutschen Schiffsbaus über alle Meere getragen haben. Den Reigen eröffnet nach einer Mitteilung der „Daily News“ der 52 000-Tonnen-Dampfer „Bismarck“, das größte Schiff der Erde. Ferner befindet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200915-18/fragment/page=0009